



Amtsberichte
der kantonalen Gerichte
über das Jahr 2006

Amtsberichte der kantonalen Gerichte über das Jahr 2006

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer
Kassationsgericht
Verwaltungsgericht, Versicherungsgericht, Verwaltungsrekurskommission

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer	3
1. Personelles	4
2. Geschäftslast	5
3. Aufsichtstätigkeit	13
4. Fortbildung.....	14
5. Tage der offenen Türe	15
6. Internet.....	16
7. Vernehmlassungen	16
8. Anwaltspatente	17
9. Rechtsagentenpatente.....	17
Anhang: Statistik	18
I. Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer	18
II. Kreisgerichte	34
1. Übersichten	34
2. Zivilsachen	37
3. Strafsachen.....	45
4. Verschiedenes.....	47
5. Weiterzüge.....	47
III. Vermittlerämter	48
IV. Schlichtungsstellen für Miete und Pacht	49
Kassationsgericht.....	50
Verwaltungsgericht	52
1. Verwaltungsgericht.....	52
2. Versicherungsgericht	57
3. Verwaltungsrekurskommission.....	61

**Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer
an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen gemäss Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes Bericht über die
Amtsführung im Jahr 2006.

St.Gallen, im Februar 2007

Im Namen des Kantonsgerichtes,
Die Präsidentin:
Dr. Martha Niquille-Eberle

Im Namen des Handelsgerichtes,
Der Präsident:
Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph Leuenberger

Im Namen der Anklagekammer,
Der Präsident:
Dr. Niklaus Oberholzer

1. Personelles

a) Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)

Im Gegensatz zum letzten Berichtsjahr waren am Kantonsgericht praktisch keine personellen Wechsel zu verzeichnen. Die schon im letzten Jahr bewilligte KV-Lehrstelle konnte im Sommer mit einer jungen Frau besetzt werden. Die Planung und Einrichtung der Stelle und des Ausbildungsplans waren mit erheblichem, zu Beginn wohl etwas unterschätztem Aufwand insbesondere für die Ausbildungsverantwortliche verbunden. Sowohl seitens der Verantwortlichen wie der Auszubildenden werden die bisherigen Erfahrungen positiv gewertet.

Ein vor kurzem gewählter Handelsrichter zog in den Kanton Thurgau. Nachdem auch für die Handelsrichter die Wohnsitzpflicht im Kanton gilt, reichte er beim Justiz- und Polizeidepartement ein Gesuch für eine Ausnahmegewilligung ein. Dieses wurde abgelehnt, sodass er auf Ende des Jahres aus dem Amt scheiden musste.

b) Kreisgerichte

Am 17. Juni 2006 verstarb völlig überraschend Dr. Peter Hold, Kreisgerichtspräsident am Kreisgericht St.Gallen, drei Monate vor Erreichen des sechzigsten Altersjahrs. Peter Hold begann seine Tätigkeit am Kreisgericht (früher Bezirksgericht) St.Gallen im Jahr 1977 als Gerichtsschreiber und wurde im Jahr 1983 zum Gerichtspräsidenten gewählt. Er prägte über viele Jahre hinweg die Geschichte des Bezirks- und späteren Kreisgerichts als Abteilungs- und Gesamtgerichtspräsident entscheidend mit. Mit seiner reichen Erfahrung war er als Richter wie auch als Kollege sehr geschätzt. Zum neuen Kreisgerichtspräsidenten wurde lic.iur. Peter Jans gewählt, der zuvor als Anwalt tätig war.

2. Geschäftslast

a) neue Statistik/genauere Fallerfassung bei Kantonsgericht und Kreisgerichten

Die Verwaltungskommission des Kantonsgerichtes hatte noch vor dem Berichtsjahr beschlossen, die Statistik sowohl des Kantonsgerichtes wie der Kreisgerichte zu überarbeiten. In erster Linie sollten die Transparenz und damit auch die Aussagekraft der Statistik verbessert werden. Zu diesem Zweck wurden je unter der Leitung eines Kantonsrichters eine Arbeitsgruppe «Statistik Kantonsgericht» und «Statistik Kreisgerichte», in der auch die Kreisgerichte vertreten waren, eingesetzt. Bereits auf das Berichtsjahr hin konnten sowohl beim Kantonsgericht wie bei den Kreisgerichten die neuen Messinstrumente so installiert werden, dass die Statistik 2006 nach neuem Konzept ausgewertet werden kann. Die im Anhang aufgeführte neue Statistik erlaubt differenzierte Aussagen als die bisherige.

Wesentliche Neuerungen beim Kantonsgericht: In allen Kammern und Einheiten wird nun nach der Zuständigkeit der Kammer und des Präsidenten unterschieden (bisher nur beim Handelsgericht und der Anklagekammer). Damit wird insbesondere auch zwischen kollegialen und präsidialen Berufungen differenziert, womit die Belastung der Zivilkammern effektiver ausgewiesen werden kann. Dem gleichen Ziel dient auch die Unterteilung nach Verfahrensarten in den Zivilkammern. Ferner werden bei den Zivilkammern, der Strafkammer und dem Handelsgericht die Verfahren detaillierter nach Rechtsgebiet aufgeteilt, wobei auch Bereiche erwähnt werden, wo keine Fälle zu verzeichnen waren. Beispielsweise wird dadurch erkennbar, in welchen Deliktsbereichen die Strafkammer tätig war, oder sieht man, dass die III. Zivilkammer im Berichtsjahr keinen Fall gemäss Gleichstellungsgesetz zu behandeln hatte. Neu ist schliesslich auch, dass sämtliche präsidialen Verfahren bei der entsprechenden Kammer (unter «Zuständigkeit des Präsidenten») aufgeführt werden. Bisher waren unter «Präsident als Einzelrichter» alle präsidialen Verfügungen sämtlicher Kammern zusammengefasst worden. Damit lässt sich beispielsweise erkennen, in welchen Kammern und damit Sachgebieten vor allem Verfahren betreffend unentgeltliche Prozessführung (Gesuche im Rechtsmittelverfahren oder Rekurse gegen erstinstanzliche Entscheide) anfallen.

Wesentliche Neuerungen bei den Kreisgerichten: Die Verfahren des Arbeitsgerichtes und der unteren Aufsichtsbehörden für Schuldbetreibung und Konkurs werden neu zum Gesamttotal der ersten Instanz gerechnet. Diese Lösung entspricht jener des Kantonsgerichtes, wo beispielsweise die Fallzahlen der Anklagekammer und der Anwaltskammer auch zum Gesamttotal gerechnet werden. Hingegen werden in den Gesamtübersichten über die Kollegialgerichts- und Einzelrichterfälle der Kreisgerichte die Ehescheidungen/-trennungen nicht mehr aufgeführt, da eine klare Unterscheidung zwischen Kollegialgerichts- und Einzelrichterfällen seit dem Inkrafttreten des revidierten Scheidungsrechts im Jahr 2000 nicht mehr möglich ist (das Scheidungsverfahren

kann vom einvernehmlichen zum strittigen Verfahren wechseln und umgekehrt). Die Ehescheidungen/-trennungen werden daher neu als eigener Bereich ausgewiesen. Die Einzelrichterfälle in Zivilsachen wurden bis anhin nach Rechtsgebieten ohne Rücksicht auf die Verfahrensart unterschieden. Neu werden sie nach Verfahrensarten und innerhalb dieser nach Sachgebieten aufgeteilt. Die Unterscheidung nach Verfahrensarten (einfaches Verfahren bzw. Summarverfahren) ermöglicht ebenfalls einen besseren Überblick über die Belastungssituation.

Sowohl am Kantonsgericht wie bei den Kreisgerichten wurden sodann bisher in der Fallstatistik gewisse Tätigkeiten erfasst, die lediglich administrativer oder aufsichtsrechtlicher Natur waren. Dazu gehören die Erteilung der Patente für die Rechtsanwälte bzw. Rechtsagenten und die Einträge im Anwaltsregister durch die Anwaltskammer (vgl. z.B. Amtsbericht 2005, S. 19) oder die Inspektionen der Kreisgerichte bei den Vermittlern und Schlichtungsstellen (vgl. z.B. Amtsbericht 2005, S. 30). Diese Tätigkeiten werden zwar weiterhin ausgewiesen, in der Fallstatistik jedoch nicht mehr als «Fall» gezählt. Weil dies Auswirkungen auf das Gesamttotal der Fälle hat, wurden in der Gesamtübersicht (vgl. Statistik-Anhang Ziff. I. und II.1) die Vorjahre ab dem Jahr 2003 nach dem neuen Konzept «umgerechnet», damit dennoch die Gesamtentwicklung beurteilt werden kann. Bereits bisher wurde für das Kantonsgericht eine Weiterzugsstatistik ausgewiesen (Anhang Ziff. I am Ende). Neu wird auch für die Kreisgerichte eine solche erstellt (Anhang Ziff. II) und beide durch eine Grafik verdeutlicht. Die Weiterzugsstatistiken werden per Ende 2007 noch einmal überarbeitet werden, weil per 1. Januar 2007 die neuen Rechtsmittel nach Bundesgerichtsgesetz in Kraft getreten sind. Gleichzeitig sollen dann auch die Weiterzüge von den Kreisgerichten an das Kantonsgericht noch differenzierter ausgewiesen werden.

b) Geschäftslast Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)

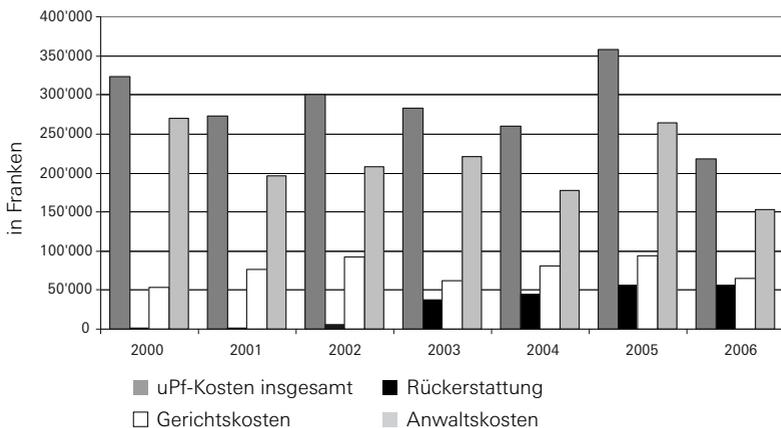
Für die Rechtsprechung wird auf die Gerichts- und Verwaltungspraxis 2006 (GVP) verwiesen.

Die Gesamtzahl der Neueingänge ist etwas rückläufig. Aussagekräftiger als die Gesamtzahl ist vor allem die Entwicklung bei den Berufungen in den Zivilkammern und der Strafkammer sowie die Klagen beim Handelsgericht, da es sich hierbei um die aufwändigsten Verfahren handelt. Diesbezüglich ist ein Rückgang von gerundet 6,5% zu verzeichnen, wobei vor allem in der III. Zivilkammer und – weniger deutlich – in der Strafkammer die Berufungen zurückgingen (I. ZK: 20 [2006], 20 [2005]. II. ZK: 52 [2006], 41 [2005]. III. ZK: 84 [2006], 114 [2005]. SK: 125 [2006], 131 [2005]. HG: 69 [2006], 68 [2005]). Bei den Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden in der III. Zivilkammer (Streitwerte unter Fr. 8000.–) ist mit 39 Fällen (wovon 35 in präsidialer Zuständigkeit) ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr (insgesamt 34) zu verzeichnen.

Praktisch unverändert sind die Eingänge (30) im Vergleich zum Vorjahr (29) bei der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs und über das Handelsregister sowie bei den Einzelrichtern für Rekurse ZGB, OR und SchKG (insgesamt 2006: 200. 2005: 199). Dagegen erreichten die Rekurse im Eheschutz mit 50 Eingängen (2005: 61) einen neuen Tiefstwert. Damit haben die Gesuche um Eheschutz seit dem Jahr 2003 (118 Eingänge) um über 50% abgenommen, während die Scheidungen zugenommen haben. Rückgänge sind sodann auch bei der Anklagekammer und der Anwaltskammer festzustellen. Bei der Anklagekammer betrug die Abnahme insgesamt rund 10% (2006: 334. 2005: 374). Bei den Kammerfällen war der Rückgang allerdings nur rund 9%. Zahlenmässig höher war er bei den Präsidialfällen. Dort ist er aber vor allem auf die technischen Überwachungsmassnahmen (97 gegenüber 111 im Vorjahr) zurückzuführen. Da diese nur einen sehr geringen Aufwand verursachen, ergab sich aus der Abnahme dieser Fälle kaum eine merkliche Abnahme der Belastung. Die Anwaltskammer verzeichnet mit 21 Eingängen im Berichtsjahr einen Rückgang um 6 Eingänge, was vorwiegend auf eine deutliche Abnahme bei den Kammerfällen zurückzuführen ist.

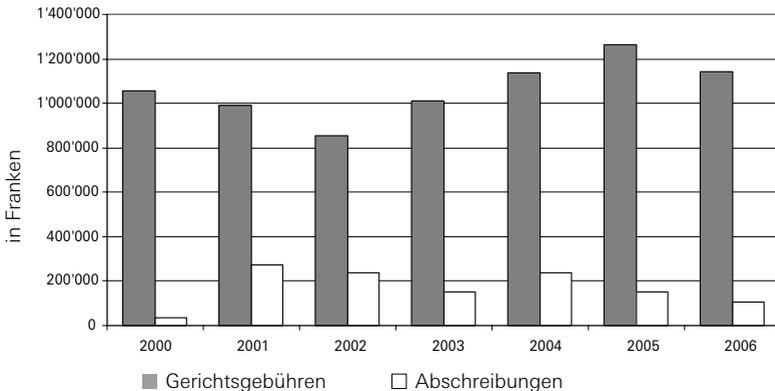
Die Gesuche um unentgeltliche Prozessführung haben – nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2005 (106 Gesuche) mit insgesamt 130 Eingängen im Berichtsjahr wieder praktisch das Niveau des Jahres 2004 erreicht. Der grösste Anteil (102) fällt dabei auf Familienstreitigkeiten. Der Rückgang der Gesuche im vergangenen Jahr wirkte sich im Berichtsjahr deutlich bei der Abrechnung der bewilligten Gesuche aus, wie die nachfolgende Grafik zeigt. Diese verdeutlicht zudem, dass die systematische Bewirtschaftung der Nachforderungen aus unentgeltlicher Prozessführung, die das Kantonsgericht seit rund vier Jahren betreibt, ihren Erfolg zeitigt:

Unentgeltliche Prozessführung (amtliche Verteidigung wird über das JPD abgerechnet)



Die Fallentwicklung schlägt sich auch in den gesprochenen Gebühren nieder. Die etwas rückläufigen Fallzahlen führten auch zu leicht tieferen Gebühren, wie die nachfolgende Grafik zeigt. Verbessert werden konnte im Berichtsjahr wie bereits im Vorjahr die Abschreibung nicht mehr eintreibbarer Gerichtsgebühren. Dies dürfte wohl vor allem auf die bessere Wirtschaftslage zurückzuführen sein:

Gerichtsgebühren in Zivilverfahren (Strafverfahren werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet)

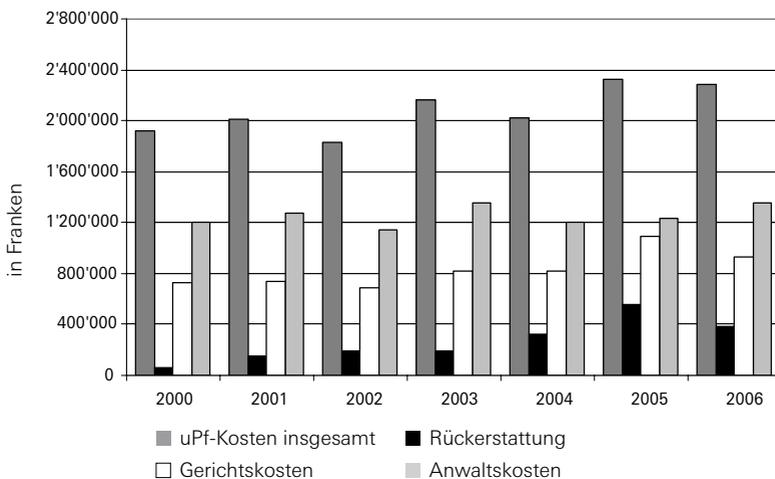


c) Geschäftslast Kreisgerichte

Bei den Kreisgerichten hat die Gesamtzahl der Eingänge gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen. Die Abnahme ist vor allem auf die Kollegialgerichtsfälle (ohne Ehescheidungen/-trennungen) zurückzuführen, welche insgesamt um rund 9% zurückgegangen sind, während die Einzelrichterfälle (ohne Ehescheidungen/-trennungen) praktisch auf dem Stand des Vorjahres geblieben sind. Der Rückgang bei den Kollegialgerichtsfällen ist vor allem auf die Straffälle zurückzuführen (rund 19%): Nach einem stetigen Anstieg der Fälle in den letzten Jahren (334 Falleingänge [2003], 392 [2004], 413 [2005]) sind die Falleingänge im Berichtsjahr (340) damit erstmals wieder rückläufig. Diesen Zahlen nicht zu entnehmen ist der grosse Aufwand, den ein einziger Straffall mit sich brachte. So hatte sich ein Kreisgericht mit einem ausserordentlich aufwändigen Strafverfahren (mehrere Angeschuldigte, Anklageschrift von rund 250 Seiten, über 1000 Kläger) zu befassen, welches es im Berichtsjahr zum Abschluss bringen konnte (das Verfahren ist nun beim Kantonsgericht hängig). Die Falleingänge bei den Haftrichtern liegen leicht unter jenen des Vorjahres. Wie schon im Vorjahr liegen auch im Berichtsjahr die Eingänge bei den Haftanordnungen mit 218 Fällen deutlich unter dem Durchschnitt der Vorjahre (2001–2004: rund 275). Die Ehescheidungen/-trennungen (Kollegial- und Ein-

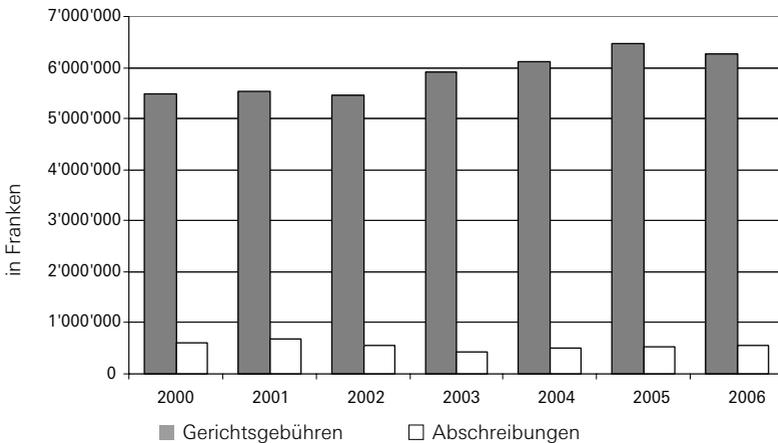
zelrichterfälle) haben mit 1312 Falleingängen gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen. Die Falleingänge sind damit weiterhin rückläufig (1365 [2005], 1487 [2004]). Die als strittige Fälle eingegangenen Ehescheidungen/-trennungen haben zwar gegenüber dem Vorjahr um knapp 20% zugenommen, liegen damit aber auf dem Niveau der Vorjahre (158 [2006], 132 [2005], 143 [2004]). Die Gesuche um Eheschutz (Anhang Zivilsachen/übrige Summarverfahren) (605 Falleingänge) sind weiterhin rückläufig (637 [2005], 677 [2004], 703 [2003]), während die 176 Gesuche um vorsorgliche Massnahmen bei Ehescheidungen/-trennungen im Durchschnitt der Vorjahre (181 [2003–2005]) liegen. Die Gesuche um unentgeltliche Prozessführung liegen mit 1419 Eingängen im Berichtsjahr auf dem Niveau der letzten beiden Vorjahre (1495 [2005], 1434 [2004]), was sich auch in der Entwicklung der Kosten der unentgeltlichen Prozessführung niederschlägt. Wie beim Kantonsgericht sind auch hier die (erfolgreichen) Bemühungen um die systematische Bewirtschaftung der Nachforderungen aus unentgeltlicher Prozessführung festzustellen (vgl. auch Amtsbericht 2005, S. 9).

Unentgeltliche Prozessführung (amtliche Verteidigung wird über das JPD abgerechnet)



Den leicht rückläufigen Eingängen bei den Zivilverfahren seit dem Jahr 2004 (12244 [2006], 12416 [2005], 12550 [2004]) entspricht, dass die ausgesprochenen Gerichtsgebühren etwas tiefer sind.

Gerichtsgebühren (Strafverfahren werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet)



d) Verfahrensdauern

Bisher war unter den pendenten Fällen lediglich angegeben, aus welchem Jahr diese stammten. Dadurch war es nur sehr begrenzt möglich, etwas zu den Verfahrensdauern auszusagen. Neu sollen daher sowohl beim Kantonsgericht wie bei den Kreisgerichten konkrete Angaben hierzu erfolgen. Eine gewisse Schwierigkeit besteht aber darin, dass sehr unterschiedliche Verfahren vorkommen und ein Durchschnitt aller Verfahren daher weniger aussagen würde, als wenn gar keine Verfahrensdauern angegeben werden. Im Rahmen der (politischen) Aufsicht dürfte auch kaum von Interesse sein, dass die sehr grosse Zahl kleinerer (Summar-)verfahren regelmässig innert kürzester Zeit (Tage- oder Wochenfrist) erledigt werden. *Die Übersicht über die Verfahrensdauern beschränkt sich daher auf die gewichtigeren Verfahren.*

aa) Kantonsgericht

Beim Kantonsgericht sind dies die Berufungsverfahren in den Zivilkammern und der Strafkammer sowie die Fälle am Handelsgericht, wobei bei letzteren auch die vorsorglichen Massnahmen (Zuständigkeit des Präsidenten) erfasst werden. Obwohl summarische (Vor-)verfahren, werden letztere in der Praxis immer mehr zu vorgezogenen Hauptverfahren, welche nach dem Entscheid das eigentliche Hauptverfahren hinfällig werden lassen. Die Verfahrensdauer bemisst sich ab Eingang des Rechtsmittels/der Klage bis zum Urteilsversand, wobei zwischen Urteilsfällung und Versand in der Regel zwei bis drei Monate liegen. Anders als beispielsweise in der Berichterstattung des Verwaltungsgerichtes ist die Dauer von Sistierungen nicht abgezogen. Häufig werden Verfahren formlos im Einverständnis mit den Parteien sistiert, beispielsweise wenn zwischen diesen noch Vergleichsgespräche laufen. Namentlich bei Scheidungen spielt der Faktor Zeit eine wichtige Rolle. Es geht oft darum, mit vorsorglichen Massnahmen rasch eine vorläufige Regelung zu treffen, danach aber bewusst zuzuwarten, bis die Ehepartner die Beziehung zueinander wieder etwas gelassener einschätzen, weil sie erst dann fähig sind, über eine nachhaltige Lösung zu verhandeln. Ein Zuwarten liegt hier somit oft im Interesse der Streitsache, schlägt sich aber natürlich in der Verfahrensdauer nieder. Bei Verfahren, die in der I. und III. Zivilkammer, beim Handelsgericht und in der Strafkammer länger als 18 Monate dauern, handelt es sich in der Regel um solche mit aufwändigen Beweisverfahren (Expertisen; psychiatrische Gutachten im Hinblick auf die Anordnung von Massnahmen).

	Dauer des Verfahrens (in Monaten)					
	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	über 18
Nur grössere Verfahren						
Berufungen Zivilrecht I. u. III. ZK (Zuständigkeit Kammer)	20	25	11	9	3	10
Berufungen Zivilrecht I. u. III. ZK (Zuständigkeit Präsident)	20	4	1	0	0	1
Berufungen Zivilrecht II. ZK (Zuständigkeit Kammer)	24	13	4	0	2	5
Eheschutz II. ZK (Zuständigkeit Einzelrichter)	35	1	1	0	0	1
Prozesse Handelsgericht (Zuständigkeit Gericht)	24	9	7	5	8	15
Vorsorgliche Massnahmen Handels- gericht (Zuständigkeit Präsident)	13	0	0	0	0	0
Berufungen Strafrecht SK (Zuständigkeit Kammer)	34	20	27	24	7	6
In Prozenten	44%	18%	13%	10%	5%	10%

bb) Kreisgerichte

Die oben dargelegten allgemeinen Überlegungen zu den Verfahrensdauern gelten auch für die Kreisgerichte. Bei den Ehescheidungen konnte der grösste Teil innert eines halben Jahres erledigt werden, wobei zu beachten ist, dass in diesem Zeitraum bei den einvernehmlichen Scheidungen noch die obligatorische 2-monatige Bedenkfrist inbegriffen ist. Obwohl in Eheschutzverfahren vor der ersten Instanz oft umfassende Regelungen zu treffen sind und diese nun vermehrt als «kleine Scheidungen» betrachtet werden, konnten diese grösstenteils innert 6 Monaten erledigt werden. Die Strafverfahren, namentlich auch die Fälle in der Zuständigkeit des Gerichtes, wurden zum grössten Teil innert eines Jahres erledigt.

	Dauer des Verfahrens (in Monaten)					
	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	über 18
Nur grössere Verfahren						
Prozesse Zivilrecht (ohne Ehescheid.) (Zuständigkeit Kreisgericht)	206	86	77	47	27	81
Prozesse Zivilrecht (ohne Ehescheid.) (Zuständigkeit Kreisgerichtspräsident [im einfachen Verfahren])	399	85	14	9	7	12
Ehescheidungen/-trennungen (Zuständigkeit Gericht/Fam'Richter) . .	784	203	120	77	53	111
Eheschutz (Zuständigkeit Einzelrichter)	512	51	13	11	4	12
Prozesse Strafrecht (Zuständigkeit Gericht)	220	99	13	17	5	10
Prozesse Strafrecht (Zuständigkeit Einzelrichter)	218	60	30	14	1	8
In Prozenten	63%	16%	7%	5%	3%	6%

3. Aufsichtstätigkeit

Nebst den alltäglichen Geschäften wurden im Berichtsjahr Arbeitsbesuche bei den Kreisgerichten Gaster-See und Altoggenburg-Wil durchgeführt und fand die jährliche Aussprache der Kantonsgerichtspräsidentin mit den geschäftsleitenden Kreisgerichtspräsidenten statt. Im Vorjahr war den Kreisgerichten angeboten worden, ihre offenen Gerichtskosten im Ausland einzutreiben (vgl. Amtsbericht 2005, S. 9), da solche Kosten angesichts des für die einzelnen Kreisgerichte unverhältnismässigen Aufwands sonst regelmässig abgeschrieben werden mussten. Aufgrund erster positiver Erfahrungen wurden die Bemühungen im Berichtsjahr fortgeführt.

Anlässlich des noch im Vorjahr durchgeführten Arbeitsbesuchs beim Kreisgericht Werdenberg-Sargans war seitens des Kantonsgerichtes angeregt worden, eine vorsichtige Spezialisierung zu prüfen, welche die Stärken der verschiedenen Kreisgerichtspräsidenten besser zum Tragen bringen könnte. Das Kreisgericht kam dem zügig nach und einigte sich bereits im ersten Quartal des Berichtsjahres auf eine neue Regelung. Diese beinhaltet insbesondere eine Zuteilung der neuen Eheschutzverfahren vorweg an die Kreisgerichtspräsidentin. Für die betroffenen Kreisgerichtspräsidenten bedeutet dies etwas weniger Abwechslung, jedoch noch im akzeptablen Rahmen. Das Kantonsgericht erachtet die neue Regelung als sehr sinnvoll.

Zufolge des plötzlichen Hinschieds von Kreisgerichtspräsident Peter Hold galt es, schnell einen Ersatz für das Kreisgericht St.Gallen bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten zu finden. Ein Teil der Arbeitslast, namentlich im Bereich des Familienrechts, konnte durch interne Lösungen aufgefangen werden. Im Umfang von 30% stellte das Kantonsgericht einen seiner erfahrenen Gerichtsschreiber als ausserordentlichen Ersatzrichter zur Verfügung. Sodann wurde Kreisgerichtspräsident Peter Frei für ein Pensum von 20%, welches er beim Kreisgericht Altoggenburg-Wil leistet, beim Kreisgericht St.Gallen eingesetzt. Das Kantonsgericht machte damit erstmals von der Bestimmung gemäss Art. 5 Abs. 3 Gerichtsgesetz Gebrauch, wonach es zum Ausgleich der Arbeitsbelastung einen Kreisgerichtspräsidenten als Stellvertreter bei einem andern Kreisgericht einsetzen kann. Beide Stellvertreter übernahmen Straffälle. Die Regelung funktionierte dank der Flexibilität aller Beteiligten ohne Probleme.

Neben der bereits erwähnten Überarbeitung der Statistik (Ziff. 2.a) wurden im Berichtsjahr auch die Regeln über die Einschreibung der Fälle bei den Kreisgerichten überarbeitet und bereinigt und damit die Vergleichbarkeit der Fallbelastung zwischen den Kreisgerichten verbessert. Diese Vergleichbarkeit setzt sodann voraus, dass die unterschiedliche zeitliche Belastung für die verschiedenen Fallkategorien richtig erfasst wird. Diese Erfassung geschieht mittels eines sogenannten «Punktesystems». Ein solches war bis anhin bei den Kreisgerichten nur rudimentär vorhanden und angesichts verschiedener Gesetzesänderungen veraltet. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus einem Kantonsrichter

und Vertretern der Kreisgerichte übernahm die Aufgabe der Überarbeitung beziehungsweise Erweiterung dieses Punktesystems. Die Arbeiten werden voraussichtlich im Frühjahr dieses Jahres abgeschlossen sein. Dann sollen die festgelegten Punktwerte mit der Statistik im Juris verknüpft werden, womit ein einfach handhabbares Mittel zur Beurteilung der Belastungsentwicklung zur Verfügung stehen sollte.

Die Anklagekammer hat im Zusammenhang mit einem Ersuchen um Entbindung vom Amtsgeheimnis die Stellung der Staatsanwaltschaft innerhalb der staatlichen Behördenorganisation geklärt. Die Staatsanwaltschaft unterliegt als einzige Behörde einer geteilten Aufsicht. Während die administrative Aufsicht der Regierung bzw. dem Justiz- und Polizeidepartement obliegt, nimmt die Anklagekammer die fachliche Aufsicht wahr. Diese geteilten Aufsichtsbefugnisse zeigen, dass es sich bei der Staatsanwaltschaft nicht um eine blosse Verwaltungseinheit handelt, sondern dass ihr der Charakter einer eigenständigen Behörde, angesiedelt zwischen Verwaltung und Justiz, zukommt. Die administrative Aufsicht durch die Regierung bezieht sich auf den äusseren Geschäftsgang und ist in der Regel auf Vorkommnisse beschränkt, welche die Funktionstüchtigkeit der Staatsanwaltschaft in Frage stellen. Daraus folgt, dass der Regierung gegenüber der Staatsanwaltschaft im konkreten Einzelfall weder ein besonderes Auskunftsrecht noch ein Weisungsrecht zukommt.

4. Fortbildung

Im November 2006 fand die jährliche Fortbildungsveranstaltung des Kantonsgerichts zum Thema «Rechtshilfe und Vollstreckung im internationalen Verhältnis» statt. Fortgeführt wurde sodann der im letzten Berichtsjahr erstmals durchgeführte halbtägige Anlass für die nicht juristischen Mitarbeitenden. Es wurden die Kantonspolizei und das Staatsarchiv besucht und über deren Tätigkeit informiert.

Im Hinblick auf das Inkrafttreten des neuen Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches per 1. Januar 2007 hat die Strafkammer zuhanden der Kreisgerichte eine eingehende schriftliche Anweisung erarbeitet. Eine eintägige Weiterbildung folgte sodann rund sechs Wochen nach Inkrafttreten.

Die familienrechtlichen Weiterbildungen wurden im gleichen Umfang wie im vergangenen Jahr durchgeführt.

5. Tage der offenen Türe

Unter der Leitung des Kantonsgerichtes organisierte die Zivil- und Strafjustiz im Frühling zwei «Tage der offenen Tür», zuerst in St.Gallen und dann in Uznach. An den beiden Tagen waren je rund fünfzig Personen im (freiwilligen) Einsatz: Mitglieder der Kreisgerichte und des Kantonsgerichtes, der Schlichtungsstellen für Miete und Pacht und für Gleichstellungsklagen, der Vermittlerämter, der Staatsanwaltschaft und des st.gallischen Anwaltsverbandes. Im Zentrum standen zwei Verhandlungen in einem Straffall beziehungsweise einer Scheidung. Überdies stellten sich die Gerichte und die andern Behörden auf über zwanzig Informationstafeln vor. Richter erklärten anhand anonymisierter Falldossiers die Abwicklung verschiedener Fälle. Anwälte erteilten unentgeltliche Rechtsauskunft. In St.Gallen fanden Führungen durch das Kantonsgericht und in Uznach solche durch das Gefängnis statt. Schliesslich zeigte das Staatsarchiv in St.Gallen in einer Ausstellung historische Dokumente über die st.gallische Justiz. In Ergänzung zu diesen zwei Tagen wurden drei Vorträge zu gerichtsbezogenen Themen organisiert, nämlich: «Richter, Medien, Publikum. Wer sich was gefallen lassen muss» von Dr. Dr. h.c. Peter Studer, «Psychiatrische Gutachten im Strafverfahren» von Dr. Frank Urbaniok und «Raserurteile» von Dr. h.c. Hans Wiprächtiger.

Nachdem in der deutschen Schweiz noch nie Tage der offenen Tür oder vergleichbare Informationsveranstaltungen über die Justiz durchgeführt worden sind, war für die organisierenden Gerichte unklar, ob überhaupt ein Bedürfnis in der Bevölkerung besteht. Das Wagnis hat sich gelohnt. Über 1000 Besucherinnen und Besucher nutzten die beiden Tage in St.Gallen und Uznach. Insbesondere erwies sich auch der Entscheid, einen solchen Tag zusätzlich im südlichen Kantonsteil durchzuführen, als richtig.

Im Anschluss daran wurde das für die beiden Tage erarbeitete Material den Schulen zur Verfügung gestellt.

6. Internet

Das Kantonsgericht stellt nicht sämtliche gefällten Entscheide ins Internet, sondern nur jene von aktuellem öffentlichem Interesse. Routine- oder Bagatellfälle werden nicht publiziert. Die Praxis an anderen oberen kantonalen Gerichten und auch am Bundesgericht ist unterschiedlich. Gewisse Gerichte publizieren alles, andere haben die gleiche Praxis wie das Kantonsgericht. Kürzlich hat sich das Bundesgericht entschieden, künftig alle Entscheide unbesehen der Bedeutung zu publizieren. Das Bundesgericht verfügt aber über eine wissenschaftlich bearbeitete Suchmaschine, welche das Finden von Entscheiden erleichtert. Das Kantonsgericht will an seiner Praxis festhalten aus der Überlegung, dass bei der Fülle der jährlich gefällten Entscheide die Information für die interessierte Öffentlichkeit besser ist, wenn die wichtigeren Fälle nicht in einer Flut weniger bedeutender Entscheide untergehen.

7. Vernehmlassungen

Das Kantonsgericht nahm im Berichtsjahr zu folgenden eidgenössischen Vorlagen Stellung: Änderung des Obligationenrechts (Miete), Übereinkommen über die internationale Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen von Kindern und anderen Familienmitgliedern und Entwurf eines Bundesgesetzes über internationale Kindesentführungen und die Haager Übereinkommen zum Schutze von Kindern und Erwachsenen. Im Übrigen wurde auf Vernehmlassungen verzichtet.

Auf kantonomer Ebene wurde insbesondere eine sehr eingehende Vernehmlassung zum Entwurf der Justizreform eingereicht. Sodann äusserten sich Kantonsgericht und Verwaltungsgericht in einer gemeinsamen Stellungnahme zu einem Fragebogen der Rechtspflegekommission betreffend Selbständigkeit der Justizverwaltung.

8. Anwaltspatente

Die Anwaltskammer erteilte das Anwaltspatent an folgende 40 Bewerberinnen und Bewerber:

- | | |
|--|-----------------------------------|
| 1. lic.iur. Alexander Bartl | 21. lic.iur. Christina Lusti |
| 2. lic.iur. Claude Baumgartner | 22. lic.iur. Romuald Maier |
| 3. lic.iur. Jeanine Bischof | 23. lic.iur. Samuel Marbacher |
| 4. lic.iur. Fabia Bochsler | 24. lic.iur. Thomas Niedermann |
| 5. lic.iur. Tatjana Bont | 25. lic.iur. Giancarlo Pellizzari |
| 6. lic.iur. Lukas Bühlmann | 26. lic.iur. Christoph Peterer |
| 7. lic.iur. Karin Bürki | 27. lic.iur. Stephan Ramseyer |
| 8. lic.iur. Benjamin Dori | 28. lic.iur. Martin Rechsteiner |
| 9. lic.iur. Christine Egger | 29. lic.iur. Sabrina Reinhart |
| 10. lic.iur. Niklaus Eichbaum | 30. lic.iur. Lorenzo Rienzo |
| 11. lic.iur. Michael Fink | 31. lic.iur. Matthias Rölli |
| 12. lic.iur. Urs Freytag | 32. lic.iur. Samuel Ryhner |
| 13. lic.iur. Philipp Geertsen | 33. lic.iur. Simone Schmucki |
| 14. lic.iur. Franziska Gschwend | 34. lic.iur. Michael Schöb |
| 15. lic.iur. Susanne Hartmann | 35. lic.iur. Caroline Séquin |
| 16. lic.iur. Thomas Hautle | 36. lic.iur. Catherine Sinz |
| 17. lic.iur. Melanie Imfeld | 37. lic.iur. Christian Spiess |
| 18. lic.iur. Silvia Jäger | 38. lic.iur. Richard Stäuber |
| 19. lic.iur. Nicolas Keller | 39. lic.iur. Tanja Strauch-Frei |
| 20. lic.iur. Claudia Lehmann-Schreiber | 40. lic.iur. Roland Zahner |

9. Rechtsagentenpatente

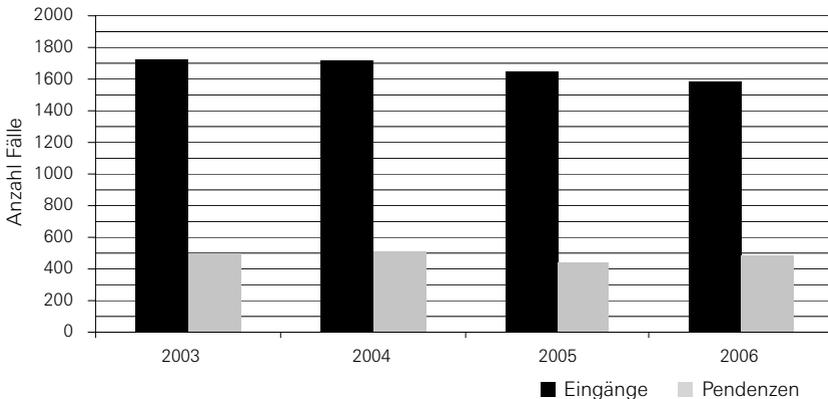
Die Anwaltskammer erteilte das Rechtsagentenpatent an folgende 12 Bewerberinnen und Bewerber:

- | | |
|---------------------|-----------------------|
| 1. Andreas Baumann | 7. Peter Nef |
| 2. Aida Ciljevic | 8. Martina Nüssli |
| 3. Roger Gehring | 9. Roman Studer |
| 4. Philipp Hartmann | 10. Giovanni Vietri |
| 5. Markus Jakob | 11. Fabienne Wey |
| 6. Nicole Meile | 12. Verena Zimmermann |

I. Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer

Gesamtübersicht²

	Eingänge in den Vorjahren			Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Erledigt 2006	Pendent Ende 2006
	2003	2004	2005					
I. Zivilkammer	18	8	24	9	26	35	14	21
II. Zivilkammer	225	199	169	52	216	268	190	78
III. Zivilkammer	150	178	203	82	159	241	162	79
Strafkammer	130	165	169	108	192	300	190	110
Handelsgericht	81	109	124	79	118	197	115	82
Aufsichtsbehörde SchK und HReg	22	35	29	7	30	37	33	4
Anklagekammer	352	371	374	54	334	388	346	42
Anwaltskammer	56	38	27	3	21	24	18	6
Einzelrichter für Rekurse:								
– im Personen-, Erb-, Sachenrecht	33	23	12	5	27	32	25	7
– in Familiensachen	130	88	69	7	64	71	51	20
– im Obligationenrecht	29	35	32	4	31	35	31	4
– im SchKG-Verfahren	87	73	86	8	78	86	73	13
Einzelrichter R'hilfe u. Schiedsgericht	284	293	260	20	234	254	237	17
Kantonsgerichtspräsident	128	104	70	1	56	57	56	1
	1725	1719	1648	439	1586	2025	1541	484



1 Siehe Erläuterungen im Amtsbericht Ziff. 2 lit. a

2 Ohne administrative und aufsichtsrechtliche Tätigkeiten (s. Anwaltskammer); gilt auch betreffend die Vorjahre.

Pendente Fälle

	Insgesamt	Eingeschrieben			
		2003 oder früher	2004	2005	2006
I. Zivilkammer	21	–	–	3	18
II. Zivilkammer.	78	1	–	2	75
III. Zivilkammer	79	2	4	10	63
Strafkammer	110	1	–	12	97
Handelsgericht	82	6	3	16	57
Aufsichtsbehörde SchK und Handelsregister	4	–	–	–	4
Anklagekammer	42	–	–	–	42
Anwaltskammer ³	6	1	–	–	5
Einzelrichter für Rekurse:					
– im Personen-, Erb-, Sachenrecht	7	–	–	–	7
– in Familiensachen	20	–	–	–	20
– im Obligationenrecht	4	–	–	–	4
– im SchKG-Verfahren	13	–	–	–	13
Einzelrichter Rechtshilfe u. Schiedsgericht	17	–	–	–	17
Kantonsgerichtspräsident	1	–	–	–	1
	<u>484</u>	<u>11</u>	<u>7</u>	<u>43</u>	<u>423</u>

³ Siehe Fn. 2

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>I. Zivilkammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Personenrecht	1	3	4	1	–	1	3	–	–	1
Erbrecht	3	5	8	1	1	2	6	–	1	–
Sachenrecht	3	9	12	3	1	4	8	–	–	3
Verschiedenes	1	–	1	1	–	1	–	–	–	1
Zwischentotal	8	17	25	6	2	8	17	–	1	5
Zuständigkeit des Präsidenten										
Berufungen nach Sachgebiet										
Personenrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Erbrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sachenrecht	1	3	4	1	–	1	3	–	–	1
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen . .	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sicherheitsleistung (Kautio)	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Unentgeltl. Prozessführung . .	–	3	3	3	–	3	–	2	–	1
Rekurse betr. unentgeltl.										
Prozessführung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	2	2	1	–	1	1	–	–	1
Zwischentotal	1	9	10	6	–	6	4	2	–	4
Insgesamt	9	26	35	12	2	14	21	2	1	9

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtintreten
II. Zivilkammer										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Scheidungen/ Scheidungsfolgen	22	41	63	34	6	40	23	2	25	7
Abänderungen	–	6	6	3	–	3	3	1	1	1
Mündigenunterhalt	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Vaterschaft	–	2	2	–	1	1	1	–	–	–
Entscheiden Departement (Kindes-/Vormundschaftsrecht)	3	2	5	3	1	4	1	–	–	3
Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden	–	1	1	–	1	1	–	–	–	–
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	25	53	78	40	9	49	29	3	26	11
Zuständigkeit des Präsidenten										
Berufungen										
Scheidung auf gemeinsames Begehren.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Rechtsverweigerungs- beschwerden (insbes. vorsorgliche Massnahmen) . . .	5	18	23	14	4	18	5	2	3	9
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen . .	1	19	20	13	4	17	3	3	3	8
Unentgeltl. Prozessführung. .	18	102	120	76	5	81	39	64	2	10
Rekurse betr. unentgeltl. Prozessführung	2	21	23	18	3	21	2	10	–	8
Verschiedenes	1	1	2	1	1	2	–	–	1	–
Zwischentotal	27	163	190	124	17	141	49	80	8	36
Insgesamt	52	216	268	164	26	190	78	83	34	47

	Geschäftslast		Erledigung durch					Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>III. Zivilkammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Haftpflichtrecht	–	4	4	1	2	3	1	–	1	–
Ungerechtfertigte Bereicherung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kaufvertragsrecht	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Miet- und Pachtrecht	1	7	8	4	1	5	3	1	–	3
Arbeitsvertragsrecht	14	20	34	12	10	22	12	1	2	9
Werkvertragsrecht	–	9	9	–	–	–	9	–	–	–
Auftrag	–	2	2	–	–	–	2	–	–	–
Gesellschaftsrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Übriges Obligationenrecht	43	17	60	25	14	39	21	5	8	12
Gleichstellung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Versicherungsvertragsrecht	2	2	4	2	–	2	2	1	1	–
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht	–	2	2	–	–	–	2	–	–	–
Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Direktprozesse										
Urheberrecht	1	2	3	–	–	–	3	–	–	–
Prorogationen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Beschwerden										
Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden	–	4	4	4	–	4	–	–	–	4
Nichtigkeitsbeschwerden gg. Schiedsgerichtsentscheide	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Beschwerden gg. Entscheide Anwaltskammer/Prüfungs- kommission für Rechtsanwälte und Rechtsagenten	–	2	2	2	–	2	–	–	1	1
Verschiedenes	–	2	2	2	–	2	–	1	–	1
Zwischentotal	61	74	135	52	27	79	56	9	13	30

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtintreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Berufungen nach Sachgebiet										
Haftpflichtrecht	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Ungerechtfertigte Bereicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kaufvertragsrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Miet- und Pachtrecht.	2	7	9	5	-	5	4	1	2	2
Arbeitsvertragsrecht	1	-	1	1	-	1	-	-	-	1
Werkvertragsrecht.	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Auftrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesellschaftsrecht.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übriges Obligationenrecht . .	7	9	16	12	3	15	1	2	3	7
Gleichstellung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Versicherungsvertragsrecht .	2	-	2	2	-	2	-	1	-	1
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht.	-	2	2	2	-	2	-	2	-	-
Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden	5	35	40	24	7	31	9	11	-	13
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen allgemein.	-	2	2	2	-	2	-	-	-	2
Vorsorgliche Massnahmen Urheberrecht.	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Sicherheitsleistung	-	4	4	3	-	3	1	3	-	-
Unentgeltl. Prozessführung. .	1	14	15	10	1	11	4	2	1	7
Rekurse betr. unentgeltl.										
Prozessführung	3	9	12	9	1	10	2	2	-	7
Verschiedenes.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	21	85	106	71	12	83	23	24	6	41
Insgesamt	82	159	241	123	39	162	79	33	19	71

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Strafkammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Delikte gegen Leib und Leben	18	14	32	14	8	22	10	4	8	2
Vermögens- und Urkunden- delikte	28	35	63	22	8	30	33	3	10	9
Delikte gegen Ehre, Geheim- und Privatbereich	3	2	5	3	–	3	2	1	2	–
Delikte gegen die Freiheit . . .	1	5	6	1	1	2	4	–	1	–
Sexualdelikte	7	13	20	6	2	8	12	–	3	3
Übrige Delikte des StGB	6	6	12	5	1	6	6	–	3	2
Strassenverkehr	8	18	26	11	1	12	14	2	7	2
Betäubungsmittel	17	16	33	18	3	21	12	1	13	4
Niederlassung/Aufenthalt von Ausländern	2	6	8	3	2	5	3	–	2	1
Übriges Nebenstrafrecht des Bundes	3	4	7	3	1	4	3	–	1	2
Kantonales Strafrecht	–	2	2	–	–	–	2	–	–	–
Nachträgliche richterliche Anordnungen	1	4	5	2	3	5	–	–	1	1
Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden	2	6	8	3	2	5	3	1	–	2
Nachträgliche richterliche Anordnungen	4	5	9	6	–	6	3	5	–	1
Verschiedenes	8	6	14	12	–	12	2	3	–	9
Zwischentotal	108	142	250	109	32	141	109	20	51	38
Zuständigkeit des Präsidenten										
Erlass Einschreibgebühr	–	43	43	39	3	42	1	27	–	12
Unentgeltliche Prozessführung	–	5	5	5	–	5	–	5	–	–
Verschiedenes	–	2	2	2	–	2	–	–	–	2
Zwischentotal	–	50	50	46	3	49	1	32	–	14
Insgesamt	108	192	300	155	35	190	110	52	51	52

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtintreten
<i>Handelsgericht</i>										
Zuständigkeit des Gerichts										
Haftpflichtrecht	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Ungerechtfertigte Bereicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kaufvertragsrecht	-	11	11	-	5	5	6	-	-	-
Miet- und Pachtrecht.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Werkvertragsrecht.	-	14	14	1	6	7	7	-	1	-
Auftrag.	-	10	10	-	4	4	6	-	-	-
Weitere Vertragsverhältnisse. .	46	2	48	13	22	35	13	1	6	6
Aktienrechtliche										
Verantwortlichkeit	13	-	13	-	8	8	5	-	-	-
Übriges Gesellschaftsrecht . . .	-	4	4	1	-	1	3	1	-	-
Versicherungsvertragsrecht. . .	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
UWG	1	4	5	-	-	-	5	-	-	-
Kartellrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Namen-/Firmenrecht	2	11	13	1	3	4	9	-	1	-
Markenrecht	-	2	2	-	2	2	-	-	-	-
Patentrecht	5	6	11	1	-	1	10	-	1	-
Schutz von Design.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sachenrecht	1	1	2	-	1	1	1	-	-	-
Verschiedenes.	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-
Zwischentotal	68	69	137	17	51	68	69	2	9	6

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Vorsorgliche Massnahmen										
OR	–	7	7	3	2	5	2	–	–	3
Immaterialgüterrecht	3	3	6	3	2	5	1	–	–	3
UWG	–	3	3	–	2	2	1	–	–	–
ZGB	2	–	2	–	1	1	1	–	–	–
Einsetzung eines Sonderprüfers	1	1	2	1	–	1	1	–	–	1
Sicherstellung gefährdeter										
Beweise	–	3	3	2	1	3	–	–	–	2
Einsetzung einer Revisionsstelle	5	18	23	5	13	18	5	5	–	–
Entgegennahme einer										
Schutzschrift	–	2	2	–	2	2	–	–	–	–
Sicherheitsleistung	–	7	7	6	–	6	1	5	–	1
Unentgeltliche Prozessführung	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Verschiedenes	–	4	4	1	3	4	–	–	–	1
Zwischentotal	11	49	60	21	26	47	13	10	–	11
Insgesamt	79	118	197	38	77	115	82	12	9	17

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichttreten
<i>Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs und über das Handelsregister</i>										

A. Schuldbetreibung und Konkurs

Zuständigkeit der Kammer

Beschwerden gegen unter Aufsichtsbehörde	1	14	15	14	–	14	1	2	–	12
Beschwerden im Konkurs- und Nachlassverfahren	4	10	14	10	1	11	3	–	–	10
Gebührenverordnung	–	2	2	2	–	2	–	2	–	–
Disziplinarmaßnahmen.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Zwischentotal	5	27	32	27	1	28	4	4	–	23

Zuständigkeit des Präsidenten

Vorsorgliche Massnahmen . . .	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Unentgeltliche Prozessführung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

B. Handelsregister

Zuständigkeit der Kammer

Eintragungen	1	2	3	3	–	3	–	3	–	–
Löschungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gebühren und Kosten	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	1	1	2	2	–	2	–	–	–	2
Zwischentotal	2	3	5	5	–	5	–	3	–	2
Insgesamt	7	30	37	32	1	33	4	7	–	25

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Anklagekammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Aufsicht										
Amtliche Aufsicht	1	7	8	5	2	7	1	1	–	4
Disziplinarverfahren	1	1	2	2	–	2	–	2	–	–
Eröffnung eines Strafverfahrens	16	65	81	74	4	78	3	19	–	55
Beschwerden gegen Abschlussverfügungen										
Nichteintreten auf Strafklage	6	22	28	15	7	22	6	1	–	14
Einstellung des Strafverfahrens	1	1	2	2	–	2	–	–	–	2
Aufhebung des Strafverfahrens	5	19	24	15	1	16	8	2	1	12
Kosten	–	2	2	2	–	2	–	–	–	2
Beschwerden Zwangsmassnahmen										
Beschlagnahme	3	19	22	15	7	22	–	–	4	11
Durchsuchung von Datenträgern	1	11	12	6	6	12	–	6	–	–
Untersuchungshaft	–	12	12	7	1	8	4	–	–	7
Verfügung Jugendanwalt	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Haftentschädigung	–	2	2	2	–	2	–	–	–	2
Beschwerden Parteirechte										
Verweigerung von Parteirechten	–	5	5	1	–	1	4	–	–	1
Rechtsverweigerungs- beschwerden										
Wiederaufnahme	1	5	6	5	–	5	1	2	–	3
Rechtshilfeersuchen	1	3	4	3	1	4	–	–	–	3
Vollstreckbarkeit ausländischer Strafurteile										
Verschiedenes	1	2	3	3	–	3	–	3	–	–
Zwischentotal	42	188	230	170	32	202	28	37	5	128

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Beschwerden gegen Abschlussverfügungen										
Nichteintreten auf Strafklage	3	12	15	6	6	12	3	–	–	6
Einstellung des Strafverfahrens	1	7	8	3	2	5	3	1	–	2
Aufhebung des Strafverfahrens	5	13	18	8	7	15	3	1	–	7
Kosten	2	5	7	5	1	6	1	1	2	2
Ausstand	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Anstände im Privatstraf- klageverfahren	1	4	5	4	1	5	–	2	–	2
Präsidiale Verfügungen										
Technische Überwachungs- massnahmen	–	97	97	94	–	94	3	83	4	7
Vorsorgliche Massnahmen . .	–	2	2	2	–	2	–	–	–	2
Unentgeltl. Prozessführung . .	–	5	5	4	–	4	1	1	–	3
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	12	146	158	127	17	144	14	89	6	32
Insgesamt	54	334	388	297	49	346	42	126	11	160

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Anwaltskammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Disziplinarverfahren gegen										
Anwälte	2	3	5	2	1	3	2	2	-	-
Massnahmen gegen Dritte . . .	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Einsprache gegen										
Registereintrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	2	4	6	3	1	4	2	2	-	1
Zuständigkeit des Präsidenten										
Begutachtung von Anwalts-										
rechnungen	1	5	6	1	5	6	-	-	-	1
Entbindung vom Berufs-										
geheimnis	-	5	5	3	1	4	1	-	-	3
Eröffnung Disziplinarverfahren	-	7	7	3	1	4	3	-	-	3
Erteilung Anwaltspatent ⁴	-	40	40	40	-	40	-	40	-	-
Erteilung Rechtsagentenpatent ⁴		12	12	12	-	12	-	12	-	-
Erteilung Rechtspraktikanten-										
bewilligung ⁴		40	40	40	-	40	-	40	-	-
Eintrag in Anwaltsregister ⁴ . . .	-	20	20	20	-	20	-	20	-	-
Eintrag in Anwaltsliste EU ⁴ . . .	-	3	3	3	-	3	-	3	-	-
Verschiedenes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	1	17	18	7	7	14	4	-	-	7
Insgesamt	3	21	24	10	8	18	6	2	-	8

4 Werden in der Fallstatistik nicht gezählt.

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtintreten
<i>Einzelrichter für Rekurse im Personen-, Erb- und Sachenrecht</i>										
Rascher Rechtsschutz	2	11	13	5	4	9	4	–	–	5
Vorsorgliche Massnahmen . . .	3	8	11	7	3	10	1	2	–	5
Verfügungen Departement (Namen-/Erbrecht)	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Vollstreckung	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Verschiedenes	–	7	7	4	1	5	2	–	–	4
	5	27	32	17	8	25	7	2	–	15

Einzelrichter für Rekurse in Familiensachen

Eheschutz	6	50	56	29	9	38	18	–	17	12
Verfügungen Departement (Kindes- und Vormund- schaftsrecht)	–	3	3	–	3	3	–	–	–	–
Vollstreckung	–	6	6	5	1	6	–	2	1	2
Verschiedenes	1	5	6	3	1	4	2	–	–	3
	7	64	71	37	14	51	20	2	18	17

Einzelrichter für Rekurse im Obligationenrecht

Klares Recht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Mieter- und Pächterausweisung	4	20	24	15	7	22	2	2	2	11
Vollstreckung	–	2	2	2	–	2	–	1	–	1
Vorsorgliche Massnahmen . . .	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Vorsorgliche Beweiserhebung.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	8	8	6	–	6	2	1	–	5
	4	31	35	24	7	31	4	4	2	18

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Einzelrichter für Rekurse im SchKG-Verfahren</i>										
Provisorische Rechtsöffnung. . .	3	10	13	5	4	9	4	3	–	2
Definitive Rechtsöffnung.	–	3	3	3	–	3	–	–	–	3
Bewilligung des Rechts- vorschlags in der Wechsel- betreuung.	–	2	2	1	1	2	–	1	–	–
Konkureröffnungen	5	60	65	49	8	57	8	39	1	9
Sicherheitsleistungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Insolvenzerklärungen.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wiedereinsetzung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Arrestverfahren	–	2	2	1	–	1	1	–	–	1
Nachlassverfahren.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Übrige SchKG-Verfahren	–	1	1	1	–	1	–	1	–	–
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	8	78	86	60	13	73	13	44	1	15

Einzelrichter für Rechtshilfe- und Schiedsgerichtswesen

Rechtshilfe.	20	234	254	–	237	237	17	–	–	–
Schiedsgerichtssachen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	20	234	254	–	237	237	17	–	–	–

Kantonsgerichtspräsident

Ausstandsbegehren.	–	17	17	15	1	16	1	5	–	10
Überweisung an anderes Gericht	–	5	5	5	–	5	–	5	–	–
Aktenherausgabe	1	28	29	24	5	29	–	24	–	–
Verschiedenes	–	6	6	4	2	6	–	–	–	4
	1	56	57	48	8	56	1	34	–	14

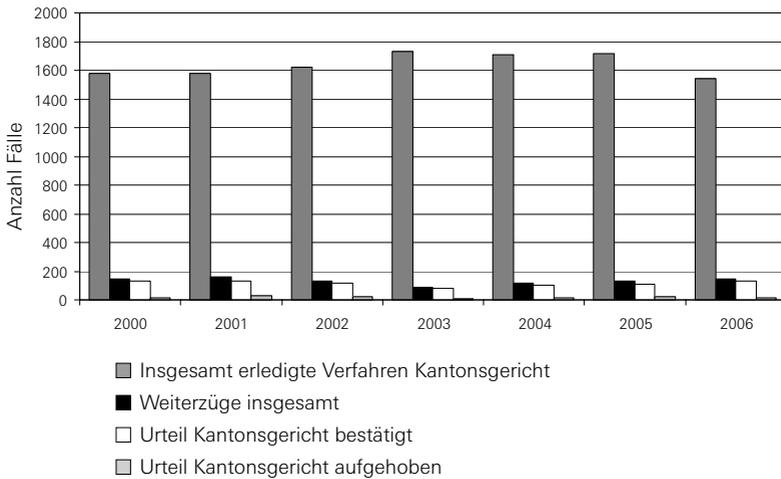
*Weiterzug von Entscheiden
an das Bundesgericht
und das Kassationsgericht*

Bundesgericht

	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Erledigung durch					Pendent Ende 2006
				Rückzug	Nichteintreten	Abgewiesen	Urteil		
							Ganz geschützt	Teilweise geschützt	
Berufungen in Zivilsachen	17	30	47	1	5	18	6	1	16
Nichtigkeitsbeschwerden in Strafsachen	6	31	37	–	7	18	1	2	9
Staatsrechtliche Beschwerden . . .	22	60	82	2	25	34	4	–	17
SchKG-Beschwerden	1	6	7	–	5	2	–	–	–
Verwaltungsgerichtsbeschwerden	–	4	4	–	–	1	–	–	3

Kassationsgericht

Beschwerden in Zivilsachen	6	17	23	1	5	7	–	2	8
--------------------------------------	---	----	----	---	---	---	---	---	---



II. Kreisgerichte

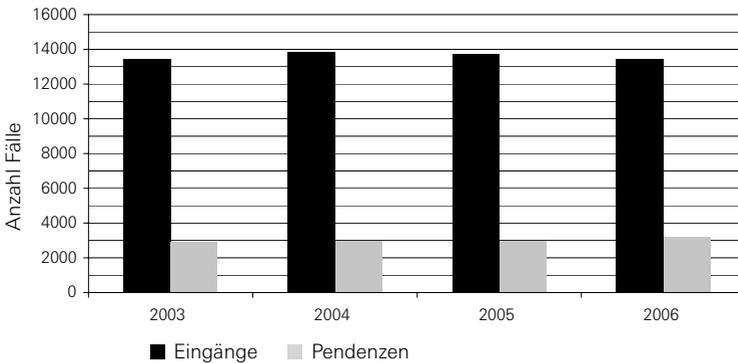
Eingänge in Vorjahren

1. Übersichten

Gesamtübersicht (Kollegialgericht und Einzelrichter)¹

Kreisgericht

	2003	2004	2005	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Erledigungen 2006	Pendenzen Ende 2006
St.Gallen ²	3302	3581	3640	841	3341	4182	3409	773
Rorschach	1167	1249	1130	242	1291	1533	1283	250
Rheintal ²	2083	2000	2078	595	1990	2585	2021	564
Werdenberg-Sargans	1940	1960	1767	392	1741	2133	1727	406
Gaster-See ²	1637	1816	1798	445	1800	2245	1783	462
Ober-/Neutoggenburg	512	487	481	111	428	539	434	105
Altoggenburg-Wil	1242	1217	1215	299	1317	1616	1317	299
Untertoggenburg-Gossau ²	1535	1549	1658	318	1560	1878	1535	343
	13418	13859	13767	3243	13468	16711	13509	3202



1 Inkl. Arbeitsgericht, untere Aufsichtsbehörden im Betreuungswesen, Haftrichter; ohne Verschiedenes (s. Ziff. 4)

2 Gerichte mit haftrichterlichen Aufgaben

	Eingänge in Vorjahren			Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Erledigungen 2006	Pendenzen Ende 2006
	2003	2004	2005					
Kollegialgericht³								
Kreisgericht								
St.Gallen	310	368	380	252	354	606	366	240
Rorschach	70	86	96	64	79	143	98	45
Rheintal	191	177	171	132	120	252	161	91
Werdenberg-Sargans	140	136	127	78	136	214	134	80
Gaster-See	137	148	131	113	125	238	146	92
Ober-/Neutoggenburg	39	44	31	17	28	45	34	11
Alltoggenburg-Wil.	116	90	101	73	109	182	114	68
Untertoggenburg-Gossau	118	94	124	47	110	157	100	57
Total	1121	1143	1161	776	1061	1837	1153	684

Einzelrichter⁴

Kreisgericht								
St.Gallen	2703	2850	2942	427	2674	3101	2720	381
Rorschach	990	1029	922	127	1103	1230	1082	148
Rheintal	1679	1620	1701	325	1664	1989	1660	329
Werdenberg-Sargans	1611	1619	1452	171	1408	1579	1397	182
Gaster-See	1358	1481	1511	229	1519	1748	1474	274
Ober-/Neutoggenburg	421	379	383	41	339	380	334	46
Alltoggenburg-Wil.	1015	978	991	143	1092	1235	1083	152
Untertoggenburg-Gossau	1264	1273	1339	161	1296	1457	1258	199
Total	11041	11229	11241	1624	11095	12719	11008	1711

³ Ohne Ehescheidungen/-trennungen; inkl. Arbeitsgericht

⁴ Ohne Ehescheidungen/-trennungen; inkl. Arbeitsgerichtspräsident, untere Aufsichtsbehörde im Betreibungswesen, Haftrichter

Ehescheidungen/-trennungen (Kollegialgericht und Einzel- richter)	Eingänge in Vorjahren			Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Erledigungen 2006	Pendenzen Ende 2006
	2003	2004	2005					
Kreisgericht								
St.Gallen	289	363	318	162	313	475	323	152
Rorschach	107	134	112	51	109	160	103	57
Rheintal	213	203	206	138	206	344	200	144
Werdenberg-Sargans	189	205	188	143	197	340	196	144
Gaster-See	142	187	156	103	156	259	163	96
Ober-/Neutoggenburg	52	64	67	53	61	114	66	48
Altoggenburg-Wil	111	149	123	83	116	199	120	79
Untertoggenburg-Gossau	153	182	195	110	154	264	177	87
Total	1256	1487	1365	843	1312	2155	1348	807

Pendente Fälle	Eingeschrieben				
	Insgesamt	2003 oder früher	2004	2005	2006
Kreisgericht					
St.Gallen	773	16	13	44	700
Rorschach	250	2	4	15	229
Rheintal	564	17	17	62	468
Werdenberg-Sargans	406	9	12	43	342
Gaster-See	462	8	14	37	403
Ober-/Neutoggenburg	105	–	3	9	93
Altoggenburg-Wil	299	4	2	27	266
Untertoggenburg-Gossau	343	2	3	25	313
Total	3202	58	68	262	2814

2. Zivilsachen

A. Kollegialgericht⁵

Gerichtskreis	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet										Prozessgang			
	Eingänge 2005	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Personenrecht	Familienrecht	Erbrecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Übriges Obligationenrecht	Schuldbeitreibung und Konkurs	Verschiedenes	Urteile	Abschreibungen	Erlidigungen 2006	Pendenz Ende 2006	
St.Gallen	137	138	157	295	-	69	5	7	10	54	9	3	114	59	173	122	
Rorschach	46	37	40	77	-	21	1	2	2	11	3	-	33	16	49	28	
Rheintal	62	66	53	119	4	25	2	1	1	18	1	1	41	26	67	52	
Werdenberg-Sargans	67	60	53	113	-	17	2	3	1	25	5	-	47	18	65	48	
Gaster-See	72	61	66	127	-	16	1	5	4	38	2	-	27	37	64	63	
Ober-/Neutoggenburg	10	9	7	16	-	5	1	-	-	1	-	-	4	4	8	8	
Altoggenburg-Wil	38	35	44	79	-	16	2	1	5	18	-	2	27	14	41	38	
Untertoggenburg-Gossau	74	40	59	99	5	32	2	2	2	14	-	2	41	16	57	42	
	506	446	479	925	9	201	16	21	25	179	20	8	334	190	524	401	

⁵ Ohne Ehescheidungen/-trennungen (s. Bst. B), Arbeitsgericht (s. Bst. D)

B. Ehescheidungen/-trennungen

Gerichtskreis	Übertrag 2005			Eingänge 2006			Gesamt	Verfahrenswechsel			Erledigt 2006			Pendent Ende 2006		
	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt		Zum einvernehmlichen Verfahren	Zum streitigen Verfahren	Fristansetzung zur Klage	Abschreibung	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt	
St.Gallen	129	33	162	261	52	313	475	17	18	3	37	128	24	152		
Rorschach	43	8	51 ⁶	100	9	109	160	2	7	1	15	49	8	57		
Rheintal	117	21	138	192	14	206	344	1	18	1	17	122	22	144		
Werdenberg-Sargans	129	14	143 ⁶	169	28	197	340	3	11	4	23	116	28	144		
Gaster-See	87	16	103	137	19	156	259	3	12	1	12	78	18	96		
Ober-/ Neutoggenburg	49	4	53	51	10	61	114	2	1	2	4	38	10	48		
Altoggenburg-Wil	67	16	83	104	12	116	199	5	12	3	9	68	11	79		
Untertoggenburg- Gossau	98	12	110 ⁶	140	14	154	264	3	6	9	10	78	9	87		
	719	124	843 ⁶	1154	158	1312	2155	36	85	24	127	1348	677	130	807	

6 Korrektur gegenüber Amtsbericht 2005.

C. Einzelrichterfälle⁷

1. Zivilsachen im einfachen Verfahren

Kreisgericht	Eingänge nach Sachgebiet											Eingänge 2006	Eingänge 2005	Erledigungen 2006
	Personenrecht	Familienrecht	Erbrecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Erstreckung Mietverhältnis	Anfechtung Kündigung	Übriges Obligationenrecht	Schuldbetreibung und Konkurs					
St.Gallen	–	1	–	5	10	1	5	50	3	87				
Rorschach	–	2	–	3	12	–	–	36	5	57				
Rheintal	1	2	–	7	9	1	1	46	2	80				
Werdenberg-Sargans	1	1	–	7	12	2	2	46	7	83				
Gaster-See	1	2	–	20	20	1	10	56	4	121				
Ober-/Neutoggenburg	–	1	–	1	3	–	–	21	–	17				
Altoggenburg-Wil.	–	1	–	3	5	–	2	36	5	45				
Untertoggenburg-Gossau	–	–	–	1	9	1	1	24	3	36				
Total	3	10	–	47	80	6	21	315	29	526				

⁷ Ohne Ehescheidungen/-trennungen (s. Bst. B), Arbeitsgericht (s. Bst. D), untere Aufsichtsbehörde im Betriebswesen (s. Bst. E)

2. Zivilsachen im Summarverfahren

a) SchKG und Vollstreckung

Kreisgericht	Eingänge nach Sachgebiet											
	Eingänge 2005	Eingänge 2006	Rechtsöffnungen	Bew. Rechtsvorschlag (Bestellung neuen Vermögens)	Konkurrenzeröffnung	Folgeverfügung Konkurs	Arrestverfahren	Nachlassverfahren	Übriges Schuld- betreibung und Konkurs	Vollstreckung	Rechtshilfe (Annerkennung ausländ. Urteile)	Erdichtungen 2006
St.Gallen	1410	1249	568	24	389	213	27	3	10	9	6	1268
Rorschach	538	660	297	22	225	101	7	-	3	4	1	665
Rheintal	903	922	391	32	324	116	43	3	2	10	1	920
Werdenberg-Sargans	821	786	367	17	257	102	25	4	2	12	-	781
Gaster-See	761	738	401	13	217	82	8	3	6	7	1	742
Ober-/Neutoggenburg	204	184	107	9	42	23	1	-	2	-	-	187
Altoggenburg-Wil.	651	733	306	32	297	81	5	-	1	11	-	751
Untertoggenburg-Gossau	642	668	321	36	204	90	4	3	8	2	-	638
Total	5930	5940	2758	185	1955	808	120	16	34	55	9	5952

b) übrige Summarverfahren

Kreisgericht	Eingänge nach Sachgebiet																
	Eingänge 2005	Eingänge 2006	Personenrecht	Eheschutzmassnahmen (Ehescheidungen-/trennungen)	Schuldenanweisung	Erbrecht (inkl. Beschwerden in Erbsachen)	Bauhandwerkerpfandrecht	Kraftloserklärungen	Schnelle Handhabung klaren Rechts/Besitzschutz	Ausweisung Mieter/Pächter	Vorsorgliche Beweiserhebung (Sicherstellung von Beweisen)	Rechtshilfeweise Einvernahmen	Erlass	Unentgeltliche Prozessführung	Verschiedenes	Eridigungen 2006	
St.Gallen	892	896	5	139	24	48	3	20	14	16	68	2	31	5	502	19	882
Rorschach	289	324	-	72	14	4	1	36	8	18	33	2	8	1	122	5	310
Rheintal	450	421	1	107	20	25	-	17	18	24	37	1	20	7	136	8	410
Werdenberg-Sargans	436	410	6	80	31	10	1	24	10	18	32	2	40	3	145	8	410
Gaster-See.	471	471	-	73	42	5	-	37	17	14	34	36	11	2	196	4	436
Ober-/Neutoggenburg	131	89	-	15	11	9	-	2	7	1	9	-	1	-	34	-	92
Altoggenburg-Wil.	208	212	-	50	11	7	1	2	14	8	28	1	4	-	78	8	197
Untertoggenburg-Gossau	461	400	-	69	23	15	-	11	14	6	18	3	12	5	206	18	404
Total.	3338	3223	12	605	176	123	6	149	102	105	259	47	127	23	1419	70	3141

D. Arbeitsgericht

1. Kollegialgericht

Kreisgericht	Zahl der Prozesse total				Art der Erledigung								
	Eingänge in Vorjahren		Übertrag 2005		Eingänge 2006		Insgesamt		Erledigt 2006		Pendent Ende 2006		
	2004	2005	2005	2006	2006	2006	2006	2006	2006				
St.Gallen	75	65	24	62	86	53	33	—	4	2	31	15	1
Rorschach	19	21	13	17	30	22	8	1	6	4	4	7	—
Rheintal	39	42	21	33	54	35	19	1	7	—	20	6	1
Werdenberg-Sargans	34	31	11	43	54	45	9	1	27	—	10	6	1
Gaster-See	51	17	37	32	69	48	21	—	6	1	37	4	—
Ober-/Neutoggenburg	13	12	5	9	14	14	—	—	6	—	8	—	—
Altoggenburg-Wil	27	30	9	31	40	30	10	—	10	2	15	3	—
Untertoggenburg-Gossau	23	24	7	15	22	18	4	—	7	2	2	6	1
Total	281	242	127	242	369	265	104	3	73	11	127	47	4

2. Arbeitsgerichtspräsident

Kreisgericht	Eingänge in Vorjahren				Zahl der Prozesse total				Art der Erledigung					Nicht-eintreten wegen Unzuständigkeit		
	2004		2005		Übertrag 2005		Eingänge 2006		Erledigt 2006		Pendent Ende 2006		Klage geschützt			
	2004	2005	2005	2006	2005	2006	Insgesamt	Erledigt 2006	2006	2006	2006	2006	Klage teilweise geschützt		Klage abgewiesen	ohne gerichtliche Ver-handlung
St.Gallen	113	104	20	104	124	104	104	20	20	3	7	2	67	22	3	
Rorschach	40	26	6 ⁸	30	36	25	11	11	11	3	5	3	7	7	-	
Rheintal	56	59	24	56	80	66	14	14	14	-	16	2	19	28	1	
Werdenberg-Sargans	64	43 ⁸	10 ⁸	57	67	61	6	6	6	2	37	1	10	10	1	
Gaster-See	46	33	11	44	55	42	13	13	13	2	4	2	11	23	-	
Ober-/Neutoggenburg	21	13	1 ⁸	20	21	17	4	4	4	-	16	-	1	-	-	
Altoggenburg-Wil.	56	45	9	53	62	54	8	8	8	2	13	1	17	21	-	
Untertoggenburg-Gossau	44	62	10	47	57	43	14	14	14	4	1	1	22	15	-	
Total	440	385	91	411	502	412	90	90	90	16	99	12	154	126	5	

⁸ Korrektur gegenüber Amtsbericht 2005.

E. Untere Aufsichtsbehörde im Betreibungswesen

Beschwerden gegen Betreibungsämter

Kreisgericht	Eingänge 2004	Eingänge 2005	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Schutz	Abgewiesen/Nichtintreten	Rückzug/Gegenstandslos	Pendent Ende 2006
St.Gallen	28	13	1	19	20	4	10	3	3
Rorschach	17	6	-	6	6	-	3	2	1
Rheintal	18	18 ⁹	2 ⁹	15	17	4	3	9	1
Werdenberg-Sargans	24	15 ⁹	-	14	14	2	10	1	1
Gaster-See	31	24	-	32	32	4	13	14	1
Ober-/Neutoggenburg	3	6	-	11	11	2	9	-	-
Altoggenburg-Wil	27	12	3	14	17	4	8	2	3
Untertoggenburg-Gossau	12	16	-	15	15	2	8	5	-
Total	160	110 ⁹	6 ⁹	126	132	22	64	36	10

⁹ Korrektur gegenüber Amtsbericht 2005.

3. Strafsachen

A. Kollegialgericht und Einzelrichter^{10 11}

	Kollegialgerichte							Einzelrichter										
	Eingänge 2005	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Urteile	Nachträgliche richterliche Anordnungen	Einstellungen/Abschreibungen/Erledigungen 2006	Penzen Ende 2006	Eingänge 2005	Übertrag 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Urteile	Nachträgliche richterliche Verfügungen	Einstellungen/Abschreibungen/Erledigungen 2006	Penzen Ende 2006		
Kreisgericht																		
St.Gallen	178	90	135	225	119	18	3	140	85	150	67	107	174	103	5	18	126	48
Rorschach	29	14	22	36	24	1	2	27	9	23	10	25	35	17	-	3	20	15
Rheintal	67	45	34	79	52	4	3	59	20	65	25	58	83	42	7	5	54	29
Werdenberg-Sargans	29	7	40	47	23	1	-	24	23	60	10	63	73	35	8	6	49	24
Gaster-See	42	15	27	42	23	9	2	34	8	31	6	32	38	14	2	4	20	18
Ober-/Neutoggenburg	9	3	12	15	10	2	-	12	3	9	3	9	12	5	2	3	10	2
Altoggenburg-Wil	33	29	34	63	35	7	1	43	20	24	5	28	33	18	2	2	22	11
Untertoggenburg-Gossau	26	-	36	36	23	2	-	25	11	26	8	35	43	28	1	1	30	13
	413	203	340	543	309	44	11	364	179	388	134	357	491	262	27	42	331	160

10 Inkl. Tätigkeit als Untersuchungsrichter im Privatstrafklageverfahren

11 Ohne Haftrichter (s. Bst. B)

B. Hafrichter (gesamter Kanton)

	Art der Erledigung									
	Eingänge 2005	Pendent Ende 2005	Eingänge 2006	Insgesamt	Beantwarte Freiheits- beschränkung ganz oder teilweise angeordnet/ bestätigt	Beantwarte Freiheits- beschränkung aufgehoben	Haftentlassung unter Anordnung von Ersatz- massnahmen	Abschreibung/ Nichttreten	Erledigt 2006	Pendent Ende 2006
Haftanordnung	210	6	218	224	202	10	4	5	221	3
Haftverlängerung	183	8	160	168	146	2	3	4	155	13
Haftentlassung	23	-	34	34	21	1	4	7	33	1
Entlassung vorzeitiger Strafvollzug	4	-	8	8	5	-	2	-	7	1
Vorzeitiger Massnahmenvollzug ..	2	1	1	2	1	-	-	-	1	1
Auslieferungshaftbefehl	2	-	5	5	4	-	-	1	5	-
Verlängerung Polizeigewahrsam ..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wegweisung und Rückkehrverbot	123 ¹²	2 ¹²	100	102	81	19	-	2	102	-
Übrige	3	-	1	1	-	-	-	-	-	1
Total	550	17	527	544	460	32	13	19	524	20

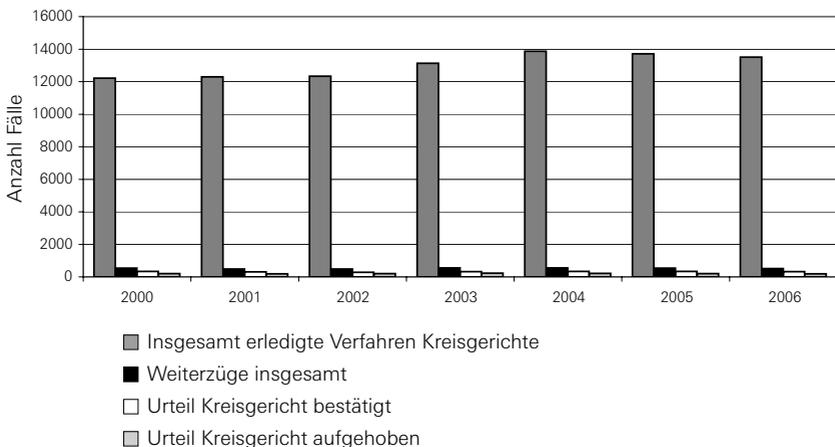
12 Korrektur gegenüber Amtsbericht 2005.

4. Verschiedenes¹³

	St.Gallen	Rorschach	Rheintal	WErdenberg-Sargans	Gaster-See	Ober- togen- burg- Neu- togen- burg	Alt- togen- burg- Wil	Un- ter- togen- burg- Gossau
Aufsicht über Vermittler.	–	2	1	2	–	–	–	–
Aufsicht über Schlichtungsstellen	1	–	–	–	–	–	–	1
Aufsicht über Betreibungsämter .	3	2	1	2	2	2	1	7
Rechtshilfe (Zustellungen)	208	85	226	155	97	28	47	74
Vereidigungen	7	11	–	6	3	–	3	3
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	2

5. Weiterzüge

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Insgesamt erledigte Verfahren							
Kreisgerichte	12217	12296	12336	13136	13874	13717	13509
Weiterzüge insgesamt	538	488	483	555	558	545	507
Urteile Kreisgericht bestätigt . .	334	306	287	320	339	337	319
Urteile Kreisgericht aufgehoben	204	182	196	235	219	208	188



13 Diese Tätigkeiten werden in der Fallstatistik nicht als «Fall» ausgewiesen.

III. Vermittlerämter

Kreisgericht	I Im Vermittlungsverfahren						II Urteilsvorschlag			Ausstand oder Verhinderung		
	Eingeschriebene Streitfälle (I und angenommene Urteilsvorschläge)	Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich/Klagerückzug/ Klägeranerkennung	Unvermittelte	Kostenspruch	Pendent	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Ausstand des Vermittlers und seines Stellvertreters	Ausstand des Vermittlers des Vermittlers	Ausstand des Vermittlers und seines Stellvertreters	Sonstige Verhinderung des Vermittlers
St.Gallen	581	32	199	260	2	62	32	26	3	1	19	
Rorschach	274	30	75	103	4	29	39	33	3	1	26	
Rheintal	358	39	120	171	3	18	8	7	1	—	—	
Werdenberg-Sargans	379	49	106	191	3	29	3	1	—	—	3	
Gaster-See	397	26	149	172	4	34	15	12	2	—	—	
Ober-/Neutoggenburg	127	11	40	65	1	5	6	5	—	—	—	
Altoggenburg-Wil	423	100	105	144	—	30	51	44	10	—	—	
Untertoggenburg-Gossau	412	86	112	157	3	19	38	35	3	—	35	
Total	2951	373	906	1263	20	226	192	163	22	1	83	

IV. Schlichtungsstellen für Miete und Pacht

Kreisgericht	Art der Eridigungen						
	Pendenzen	Neu eingegangene Begehren	Total zu behandeln	Einigungen	Keine Einigungen	Entscheid anderweitig	Pendente Begehren
St.Gallen	46	271	317	118	47	19	65
Rorschach	18	116	134	43	20	12	25
Rheintal	13	164	177	70	41	8	12
Werdenberg-Sargans	16	117	133	38	25	12	28
Gaster-See	27	143	170	56	27	13	31
Ober-/Neutoggenburg	7	40	47	14	8	4	8
Alltoggenburg-Wil	30	76	106	17	17	7	14
Untertoggenburg-Gossau	8	148	156	35	39	16	12
Total	165	1075	1240	391	224	91	195

Amtsbericht des Kassationsgerichtes des Kantons St.Gallen über das Jahr 2006

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Über die Tätigkeit des Kassationsgerichtes des Kantons St.Gallen im Jahr 2006 lässt sich Folgendes berichten:

1. Fälle

Dem Gericht lagen im Jahr 2006 vor:

im Jahr 2006 eingeschriebene Fälle	20
aus dem Jahr 2005 eingeschriebene Fälle	6
aus dem Jahr 2003 eingeschriebener Fall	1
Insgesamt	<u>27</u>

2. Erledigungen und Pendenzen

Davon wurden

im Jahr 2006 erledigt.	18
im Jahr 2006 nicht erledigt	9
Insgesamt	<u>27</u>

3. Pendenzen im Besonderen

Die 9 noch pendenten Fällen aus dem Jahr 2006 wurden zur Mehrheit erst gegen Ende 2006 eingeschrieben. Sie werden voraussichtlich bis Mitte 2007 erledigt. Von den vor Ende 2006 eingeschriebenen Fällen ist ein Fall zufolge Konkureröffnung über die beschwerdeführende Partei sistiert worden, ein Fall weist wegen Auslandsbezugs mit Zustellproblemen Verzögerungen auf, und ein Fall ist zufolge ergangener Sicherstellungsverfügung und Fristerstreckung für deren Zahlung überdurchschnittlich zeitaufwändig.

Der pendente Fall aus dem Jahr 2003 war bis im Herbst 2005 sistiert zufolge eines Konkursverfahrens gegen die beschwerdeführende Partei. Der Fall wurde Anfang 2006 entschieden.

4. Erledigungen im Besonderen

4.1. Die im Jahr 2006 erledigten Fälle betrafen:

Entscheide der III. Zivilkammer des Kantonsgerichtes	9
Entscheide der I. Zivilkammer des Kantonsgerichtes	1
Entscheide des Handelsgerichtes	4
Entscheide des Handelsgerichtspräsidenten.	2
Kassationsgericht (Revisionsbegehren).	1
Andere	<u>1</u>
Insgesamt	18

4.2. Diese Fälle wurden wie folgt erledigt:

Beschwerde geschützt (ganz oder teilweise)	2	(11.0%)
Beschwerde abgewiesen (soweit eingetreten)	9	(50.0%)
Nicht eingetreten.	6	(33.5%)
Rückzug.	<u>1</u>	(5.5%)
Insgesamt	18	

5. Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2006 hat die Anzahl der eingeschriebenen und der erledigten Fälle im Vergleich zum Vorjahr leicht abgenommen. Im Jahr 2006 wurden 20 Fälle eingeschrieben gegenüber 23 Fällen im Vorjahr. Im Jahr 2006 wurden 18 Fälle erledigt gegenüber 23 Fällen im Vorjahr.

6. Prozessdauer

Die Prozessdauer betrug im Jahr 2006 vom Beschwerdeeingang bis zur Urteilsfällung im Durchschnitt 4 Monate, vom Beschwerdeeingang bis zur Versendung des begründeten Urteils 4.5 Monate (nicht berücksichtigt ist der sistierte Fall).

7. Rechtsmittel gegen Urteile des Kassationsgerichtes

Im Jahr 2006 wurde gegen 1 Urteil des Kassationsgerichtes staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht geführt. Die zwei im Amtsbericht des Vorjahres erwähnten, beim Bundesgericht damals hängigen Beschwerden wurden abgewiesen.

St.Gallen, 12. Januar 2007

Der Kassationsgerichtspräsident:
Prof. Dr. Reinhold Hotz

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen gemäss Art. 45 Abs.2 des Gerichtsgesetzes Bericht über die Tätigkeiten des Verwaltungsgerichtes, des Versicherungsgerichtes und der Verwaltungsrekurskommission im Jahr 2006.

1. Verwaltungsgericht

a) Personelles

In personeller Hinsicht haben am Verwaltungsgericht im Berichtsjahr keine Änderungen stattgefunden.

b) Geschäftslast

Im Berichtsjahr 2006 sind insgesamt 241 Fälle neu eingegangen, exakt gleich viele wie im Vorjahr. Die Zahl der neu eingegangenen Fälle bewegt sich somit weiterhin auf einem hohen Niveau (2003 war die bisher höchste Zahl von 248 Eingängen registriert worden). Von den anfangs 2006 anhängigen 68 Fällen und den im Berichtsjahr neu eingegangenen 237 Beschwerden und 4 Klagen, gesamthaft also 309 Fällen, wurden im Jahr 2006 deren 241 erledigt. Es wurden damit genau gleich viele Fälle erledigt wie neu eingegangen sind, womit die Zahl der hängigen Geschäfte per Ende 2006 wiederum 68 betrug. Von den 241 neu eingegangenen Fällen wurden im Berichtsjahr 186 erledigt; 55 weitere erledigte Fälle stammten aus dem Vorjahr.

Das Schwergewicht der behandelten Geschäfte lag wie bereits in den letzten Jahren beim Bau-, Planungs- und Umweltrecht mit 32 Fällen (Vorjahr 23), dem öffentlichen Beschaffungswesen mit 37 Fällen (Vorjahr 48) und dem Ausländerrecht mit 56 Fällen (Vorjahr 68). Eine erhebliche Zunahme war bei den Fällen aus dem Gebiet der Staats- und Gemeindesteuern zu verzeichnen; während im Vorjahr 11 Fälle behandelt wurden, waren es im Berichtsjahr deren 30.

Noch weiter angestiegen ist der Aufwand bei der Verfahrensleitung. Insgesamt wurden 60 (Vorjahr 45) Zwischenverfahren betreffend Gesuche um Gewährung der aufschiebenden Wirkung, Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und Rechtsverbeiständung oder Erlass von vorsorglichen Massnahmen geführt, über die der Präsident im Rahmen einer separaten verfahrensleitenden Verfügung zu entscheiden hatte. Diese Zwischenverfahren und -entscheide sind in den nachfolgenden Statistiken nicht separat aufgeführt.

Bei allen als erledigt ausgewiesenen Fällen ist im Berichtsjahr das begründete Urteil zugestellt worden. Für die Rechtsprechung wird auf die Gerichts- und Verwaltungspraxis 2006 (GVP) verwiesen. Dort werden 52 Auszüge zu grundsätzlichen Rechtsfragen veröffentlicht.

Nach Sachgebieten geordnet ergibt sich folgende Übersicht über den Gang der Geschäfte:

Bezeichnung	Übertrag vom Vorjahr	Eingegangen	Insgesamt	Erledigt	Pendent
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	16	32	48	32	16
Enteignung	1	1	2	2	–
Gewerbebewilligungen	–	1	1	1	–
Gebäudeversicherung	1	4	5	5	–
Sozialversicherung	3	2	5	2	3
Schätzung und Melioration	–	2	2	2	–
Gebühren, Vorzugslasten, Ersatzabgaben	–	1	1	1	–
Staatssteuer natürlicher Personen	5	30	35	29	6
Staatssteuer juristischer Personen	–	1	1	1	–
Gemeindesteuern	–	1	1	–	1
Direkte Bundessteuer	–	3	3	–	3
Strassenrecht	2	3	5	3	2
Öffentliches Dienstrecht	2	6	8	8	–
Verfahrensrecht	1	19	20	17	3
Politische Rechte	1	3	4	1	3
Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern	9	57	66	56	10
Lebensmittelpolizei	1	–	1	1	–
Straf- und Massnahmenvollzug	1	2	3	3	–
Bildung, Erziehung, Stipendien	2	1	3	3	–
Sozialhilfe	–	5	5	3	2
Öffentliches Beschaffungswesen	8	34	42	37	5
Unentgeltliche Prozessführung	1	23	24	24	–
Öffentlich-rechtliche Klagen	10	4	14	2	12
Beschwerden in Klagefällen	–	1	1	–	1
Diverse	4	5	9	8	1
Total	68	241	309	241	68

Von den 68 Ende 2006 anhängigen Streitsachen waren am Ende des Berichtsjahres deren 6 sistiert.

Über die Art der Geschäftserledigung gibt folgende Zusammenstellung Aufschluss:

Bezeichnung	Insgesamt	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung ganz	Gutheissung teilweise
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	32	12	–	14	3	3
Enteignung	2	2	–	–	–	–
Gewerbebewilligungen	1	–	–	1	–	–
Gebäudeversicherung	5	–	–	4	–	1
Sozialversicherung	2	–	–	–	2	–
Schätzung und Melioration	2	1	–	1	–	–
Gebühren, Vorzugslasten und Ersatzabgaben	1	–	–	–	–	1
Staatssteuer natürlicher Personen	29	5	1	15	6	2
Staatssteuer juristischer Personen	1	1	–	–	–	–
Gemeindesteuern	–	–	–	–	–	–
Direkte Bundessteuer	–	–	–	–	–	–
Strassenrecht	3	1	–	1	1	–
Öffentliches Dienstrecht	8	–	–	7	1	–
Verfahrensrecht	17	4	3	2	7	1
Politische Rechte	1	–	–	–	1	–
Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern	56	15	2	30	3	6
Lebensmittelpolizei	1	–	1	–	–	–
Straf- und Massnahmenvollzug	3	–	1	2	–	–
Bildung, Erziehung, Stipendien	3	1	–	–	1	1
Sozialhilfe	3	–	–	2	–	1
Öffentliches Beschaffungswesen	37	18	4	4	7	4
Unentgeltliche Prozessführung	24	2	1	17	4	–
Öffentlich-rechtliche Klagen	2	2	–	–	–	–
Beschwerden in Klagefällen	–	–	–	–	–	–
Diverse	8	2	3	2	1	–
Total	241	66	16	102	37	20

Von den 241 erledigten Fällen lagen 217 im Zuständigkeitsbereich des Gerichts und 24 in jenem des Präsidenten als Einzelrichter. 66 Verfahren wurden durch Abschreibung erledigt, der überwiegende Teil davon infolge Rückzugs des Rechtsmittels bzw. Verzicht auf die Leistung des Kostenvorschusses oder Widerrufs der angefochtenen Verfügung. In sechzehn Fällen erfolgte ein Rückzug bzw. ein Verzicht auf die Weiterführung einer Beschwerde im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens nach einer ablehnenden Entscheidung des Präsidenten über die Gewährung der aufschiebenden Wirkung, aufgrund der nachträglichen Bekanntgabe der Entscheidungsgründe durch die Vergabebehörde im Rahmen der Beschwerdeantwort oder aufgrund eines Widerrufs des Zuschlags, weshalb auch diese Fälle ungeachtet des Verzichts auf einen Sachentscheid einen erheblichen Aufwand verursachten, der durchaus mit jenem vergleichbar ist, der für ein Sachurteil erforderlich ist. Im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens fällt auf, dass Zuschlagsverfügungen häufig nicht oder

mangelhaft begründet sind und die Behörden erst nach Erhebung einer Beschwerde die Gründe für ihren Entscheid nachvollziehbar offen legen. Von den eingegangenen 37 Fällen wurde in deren 23 auf Gesuch hin oder von Amtes wegen der Beschwerde die aufschiebende Wirkung gewährt. Nur 6 Gesuche um aufschiebende Wirkung wurden abgewiesen.

Auch im Berichtsjahr konnte bei den meisten Fällen eine kurze Verfahrensdauer eingehalten werden. Das Verwaltungsgericht hat über die Hälfte aller Fälle innert weniger als drei Monaten und über 90 Prozent aller Fälle spätestens innert sechs Monaten nach Eingang der Beschwerde oder Klage erledigt. Die Dauer der Verfahren vom Eingang des Rechtsmittels bis zur Zustellung des schriftlich begründeten Urteils (abzüglich der Dauer von Sistierungen) ergibt sich aus der nachfolgenden Zusammenstellung:

	Dauer des Verfahrens in Monaten			
	bis 3	bis 6	bis 9	über 9
Beschwerden und Klagen	133	87	18	3

Gegen 40 Urteile des Verwaltungsgerichtes ist beim Bundesgericht Beschwerde erhoben worden. Im Berichtsjahr hat das Bundesgericht 38 hängige Beschwerden entschieden, davon 27 aus dem Berichtsjahr und 11 aus dem Vorjahr. In vier Fällen wurde das Verwaltungsgericht ins Unrecht versetzt. Das Bundesgericht hiess eine Beschwerde der Stiftung WWF Schweiz und der Pro Natura Schweiz gut und hob ein Urteil des Verwaltungsgerichtes auf, das die Erweiterung des Basaltsteinbruchs Campiun in Sevelen bewilligte. Das Bundesgericht kam zum Schluss, der Schutz des im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung liegenden Gebietes sei gewichtiger als das öffentliche Interesse an der Gewinnung von hochwertigem Schotter. Sodann hob das Bundesgericht einen Beschwerdeentscheid über die Verweigerung einer unentgeltlichen Rechtsverbeiständung auf, da es die Komplexität der Angelegenheit als hinreichend gross erachtete. In einem weiteren Fall hob das Bundesgericht ein Urteil des Verwaltungsgerichtes auf, in dem dieses die Zonenkonformität einer Scheune für die Damhirschhaltung bejahte. Das Bundesgericht kam zum Schluss, aufgrund der gegebenen Umstände könne der Landwirtschaftsbetrieb nicht längerfristig bestehen bzw. sei als Freizeitbetätigung zu betrachten. In einer ausländerrechtlichen Angelegenheit hob das Bundesgericht ein Urteil des Verwaltungsgerichtes auf, das den Familiennachzug eines Schülers aus Mazedonien verweigerte. Es kam zum Schluss, aufgrund der besonderen Umstände sei trotz Verschweigens längerer Aufenthalte im Herkunftsstaat der Widerruf der Niederlassung unverhältnismässig und der Familiennachzug zu bewilligen.

c) Verschiedenes

In den Amtsberichten der beiden Vorjahre wurde auf die öffentlich-rechtlichen Klagen hingewiesen, mit denen verschiedene Berufsverbände des Gesundheitswesens und Einzelpersonen Lohnforderungen gegen den Kanton aufgrund des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG, SR 151.1) geltend machen. Nachdem das Bundesgericht Mitte 2005 die von den Klägerinnen erhobene staatsrechtliche Beschwerde gegen die Bestimmung des Experten für die Erstellung eines Gutachtens zur Arbeitsplatzbewertung abgewiesen hatte, wurde der Gutachterauftrag erteilt und die Experteninstruktion durchgeführt. Im Oktober 2006 wurden die im Rahmen des Gutachtens zu befragenden Personen per Los bestimmt. Die schriftliche Befragung der insgesamt 33 Personen (ausgeloste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Vorgesetzte) fand Ende Oktober 2006 statt. In der Folge führte der Gutachter im November und Dezember 2006 fünfzehn mehrstündige Beobachtungen an den Arbeitsplätzen der ausgelosten Personen durch. An diesen Erhebungen nahm eine Delegation des Gerichtes teil. Anschliessend befragte der Gutachter im Beisein einer Delegation des Gerichtes die ausgelosten Personen und ihre Vorgesetzten mündlich. Das Gutachten wird voraussichtlich im Frühjahr 2007 vorliegen. Dies zeigt, dass die sehr komplexen und umfangreichen Verfahren einen erheblichen Zeitbedarf beanspruchen.

d) Aufsicht über Versicherungsgericht und Verwaltungsrekurskommission

Beim Versicherungsgericht und bei der Verwaltungsrekurskommission sind im Berichtsjahr die neu eingegangenen Fälle um ca. 15 Prozent angestiegen. Auch die Zahl der erledigten Fälle konnte gesteigert werden, so dass bei beiden Gerichten die Zahl der am Ende des Berichtsjahres pendenten Verfahren nur geringfügig höher liegt als zu Beginn des Jahres. Die Zahl der erledigten Verfahren hält sich im Rahmen der vom Verwaltungsgericht im Jahre 2004 gemachten Vorgaben. Danach sind pro juristischem Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt 70 Referate auszuarbeiten. Aufgrund des leichten Anstiegs der eingegangenen Fälle sind keine Änderungen beim Stellenplan angezeigt.

2. Versicherungsgericht

a) Allgemeines

Das Jahr 2006 war das erste Geschäftsjahr, während dem die auf Beginn der Amtsdauer 2005/2011 eingeführte Professionalisierung des Gerichtes zum Tragen kam. Die dabei gemachten Erfahrungen zeigen, dass dank der neuen Abläufe mit einem vertiefteren Einbezug der mitwirkenden Richterinnen und Richter in das Zirkulationsverfahren die (hohen) Qualitätsansprüche an die Rechtsfindung und Rechtsprechung trotz zunehmender Komplexität der Fälle gewährleistet werden konnten. Allerdings hat sich dabei auch gezeigt, dass der ursprünglich geschätzte Zeitbedarf je mitwirkende/n Richter/in eher tief angesetzt war. Mittels einer detaillierten fallbezogenen Zeiterfassung soll anhand einer repräsentativen Anzahl von Fällen ermittelt werden, ob sich zu den verschiedenen Tätigkeiten der an einem Fall mitwirkenden Personen Aussagen machen lassen. Ebenfalls soll mit dieser Zeiterfassung geklärt werden, ob sich die subjektiven Einschätzungen bezüglich unterschiedlicher Aufwändigkeit der Fälle je nach Rechtsgebiet objektivieren lassen. Dies würde es gestatten, die individuellen Leistungsvorgaben und -zielsetzungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genauer festzulegen. Aufgrund der Erfahrungen in den ersten eineinhalb Jahren sind auf Beginn des Jahres 2007 die Rollen aller involvierten Personen bei der Erarbeitung und Ausfertigung der Urteile durch die Gerichtsleitung definiert und schriftlich festgehalten worden. Zusammen mit der detaillierten Umschreibung des Ablaufs bei der Fallbehandlung und des Zirkulationsverfahrens bestehen damit nun klare Regelungen für die formale und organisatorische Abwicklung der Kernaufgabe des Gerichtes, mit welcher die Qualität der internen Abläufe sichergestellt werden soll.

b) Geschäftslast

Die Neueingänge (727) sind gegenüber dem Vorjahr nochmals um beinahe 15% (+92 Fälle) angestiegen und haben den mittelfristig prognostizierten Wert von 700 überschritten. Die Zunahme betrifft insbesondere den Bereich der Invalidenversicherung, wo als Folge der auf Bundesebene beschlossenen Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung vom 16. Dezember 2005 («Verfahrensstraffung in der Invalidenversicherung») gegenüber dem bereits relativ hohen Wert von 175 Neueingängen im Jahr 2005 eine Steigerung um über 70% erfolgt ist (+126 Fälle). Die weitere Entwicklung ist im Moment nicht absehbar, doch muss befürchtet werden, dass die steigende Tendenz trotz konsequenter Umsetzung der gleichzeitig eingeführten Kostenpflicht der IV-Verfahren mindestens noch einige Zeit anhalten wird. Zurückgegangen sind die Eingänge in den Bereichen AHV (-21,4%), Unfallversicherung (-16,7%) und Berufliche Vorsorge (-11,8%). Ein stärkerer Rückgang (-44,1%) ist im Bereich Krankenversicherung erfolgt, allerdings fällt dieser aufgrund der absoluten Zahlen (-15) gesamthaft kaum ins Gewicht. Dank der ebenfalls um beinahe 30% höheren Anzahl erledigter Fälle (+153 Fälle) konnte der Anstieg bei den Pendenzen im Rahmen gehalten werden (+8,5%), wobei der Anteil der IV-Fälle an den Pendenzen am Jahresende erstmals über 45% liegt. Von den 447 am Jahresende pendenten Fällen befanden sich 42 im Entscheidungsverfahren oder waren bereits beurteilt, aber noch nicht versandt, 183 waren spruchreif oder bereits zum Referat zugeteilt und 174 Fälle befanden sich noch in einem früheren Verfahrensstadium; 48 Fälle waren sistiert. Im Verhältnis zu den Erledigungen (693) entsprechen die Pendenzen 64,5% der während des Berichtsjahres erledigten Fälle bzw. einem Arbeitspensum von 7,8 Monaten (Vorjahr: 76,3% bzw. 9,2 Monate). Die Verfahrensdauer ab Einschreibung betrug in über 90% der erledigten Fälle ein Jahr oder weniger. 74% aller erledigten Fälle wurden innerhalb von 9 Monaten, 43% innerhalb von 6 Monaten ab Einschreibung erledigt.

Im Berichtsjahr wurden 122 Entscheide (17,6%) an das Eidgenössische Versicherungsgericht (EVG) weitergezogen. Im gleichen Zeitraum hat das EVG 99 Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen Entscheide unseres Gerichtes aus den Jahren 2003 bis 2006 beurteilt. Davon wurden 56 abgewiesen (57%; Vorjahr: 63%), 13 teilweise (13%; Vorjahr 12%) und 21 vollumfänglich (21%; Vorjahr 16%) gutgeheissen. 6 Beschwerden wurden durch Nichteintreten erledigt, 3 wurden zufolge Rückzugs abgeschrieben.

Über die Belastung und die Erledigungen der einzelnen Abteilungen geben die nachfolgenden Aufstellungen und Angaben Aufschluss:

Statistik nach Eingängen, Erledigungen und Pendenzen

Rechtsgebiet	Pendenzen aus Vor-Perioden	Eingänge	Pendenzen insgesamt	Erledigungen Gericht	Erledigungen Einzelrichter	Erledigungen	Pendenzen
AHV	22	33	55	25	21	46	9
Erwerbsersatzordnung	–	1	1	–	–	–	1
Familienzulagen	–	–	–	–	–	–	–
Kinderzulagen	3	11	14	9	1	10	4
Alimentenbevorschussung	1	1	2	2	–	2	–
Mutterschaftsbeiträge	–	–	–	–	–	–	–
Opferhilfe	3	1	4	2	1	3	1
Arbeitslosenversicherung	100	167	267	120	80	200	67
Mutterschaftsversicherung	–	1	1	1	–	1	–
<i>Total Abteilung I</i>	<i>129</i>	<i>215</i>	<i>344</i>	<i>159</i>	<i>102</i>	<i>262</i>	<i>82</i>
Invalidenversicherung	112	301	413	128	75	203	210
Hilfsmittel AHV	–	3	3	3	–	3	–
Ergänzungsleistungen	33	48	81	35	16	51	30
a.o. Ergänzungsleistungen	1	–	1	–	–	–	1
<i>Total Abteilung II</i>	<i>146</i>	<i>352</i>	<i>498</i>	<i>166</i>	<i>91</i>	<i>257</i>	<i>241</i>
Krankenversicherung (Bund)	20	16	36	22	5	27	9
Krankenversicherung (Kanton)	3	10	13	8	2	10	3
Unfallversicherung	80	97	177	78	18	96	81
Militärversicherung	2	3	5	2	–	2	3
Berufliche Vorsorge	26	30	56	18	18	36	20
<i>Total Abteilung III</i>	<i>131</i>	<i>156</i>	<i>287</i>	<i>128</i>	<i>43</i>	<i>171</i>	<i>116</i>
Abt. Sch (Schiedsgericht Kranken- und Unfall- sowie Invalidenversicherung)	7	4	11	1	2	3	8
Total	413	727	1140	454	239	693	447

Statistik nach der Art der Erledigung

Rechtsgebiet	Insgesamt	Nichteintreten	Gutheissung	Teilweise Gutheissung	Abweisung	Abschreibung	Kostenspruch	Vorsorgeausgleich
AHV	46	3	4	14	19	6	–	–
Erwerbersatzordnung	–	–	–	–	–	–	–	–
Familienzulagen	–	–	–	–	–	–	–	–
Kinderzulagen	10	–	1	5	2	2	–	–
Alimentenbevorschussung	2	–	–	1	–	1	–	–
Mutterschaftsbeiträge	–	–	–	–	–	–	–	–
Opferhilfe	3	1	–	–	1	1	–	–
Arbeitslosenversicherung	200	7	48	48	76	20	1	–
Mutterschaftsversicherung	1	–	1	–	–	–	–	–
<i>Total Abteilung I</i>	<i>262</i>	<i>11</i>	<i>54</i>	<i>68</i>	<i>98</i>	<i>30</i>	<i>1</i>	<i>–</i>
Invalidenversicherung	203	3	46	47	71	32	4	–
Hilfsmittel AHV	3	–	1	–	2	–	–	–
Ergänzungsleistungen	51	–	7	16	22	4	2	–
a.o. Ergänzungsleistungen	–	–	–	–	–	–	–	–
<i>Total Abteilung II</i>	<i>257</i>	<i>3</i>	<i>54</i>	<i>63</i>	<i>95</i>	<i>36</i>	<i>6</i>	<i>–</i>
Krankenversicherung (Bund)	27	1	5	5	13	3	–	–
Krankenversicherung (Kanton)	10	–	2	1	4	3	–	–
Unfallversicherung	96	1	6	20	53	14	2	–
Militärversicherung	2	–	–	–	2	–	–	–
Berufliche Vorsorge	36	3	8	2	9	8	–	6
<i>Total Abteilung III</i>	<i>171</i>	<i>5</i>	<i>21</i>	<i>28</i>	<i>81</i>	<i>28</i>	<i>2</i>	<i>6</i>
Abt. Sch (Schiedsgericht Kranken- und Unfall- sowie Invalidenversicherung)	3	–	1	–	–	2	–	–
Total	693	19	130	159	274	96	9	6

3. Verwaltungsrekurskommission

a) Personelles

Im Berichtsjahr verstarb dipl. med. Eduard Madl, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie. Er war seit 1991 Fachrichter in der Abteilung V. Auf das Ende des Jahres trat Dr. med. Marcel Savary, Arzt für Allgemeinmedizin FMH, nach 17 Jahren Tätigkeit als Fachrichter der Abteilung V altershalber zurück. Die beiden ärztlichen Fachrichter wurden bisher nicht ersetzt.

b) Geschäftslast

Zu den Ende 2005 in den Abteilungen I bis V sowie im bisher separat ausgewiesenen Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (Abteilung VI) pendenten 176 (165) Fällen sind im Berichtsjahr 777 (688) Neueingänge hinzugekommen. Davon betrafen 321 (283) das Abgaberecht (Steuern, Beiträge, Gebühren), 193 (128) das Verkehrsrecht (vor allem Administrativmassnahmen nach Strassenverkehrsrecht), 141 (133) die fürsorgerische Freiheitsentziehung sowie vormundschaftliche Massnahmen und 88 (107) die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (vor allem Haftüberprüfungen). Die restlichen 34 (37) Neueingänge verteilten sich auf die übrigen, in die Zuständigkeit der Verwaltungsrekurskommission fallenden Sachgebiete.

Die Verwaltungsrekurskommission hat im Berichtsjahr 106 (93) fachrichterliche Einvernahmen, 145 (171) Parteiverhandlungen und 13 (12) Einigungsverhandlungen und Augenscheine durchgeführt. In 11 (14) Fällen konnte zwischen den Beteiligten ein Vergleich herbeigeführt werden. An 89 (85) Sitzungen wurden 193 (156) Rekurse und Beschwerden sowie 53 (58) öffentlich-rechtliche Klagen durch Entscheid erledigt. 4 (8) Gerichtsentscheide ergingen auf dem Zirkulationsweg. 335 (270) Rekurse und Beschwerden und 93 (74) Klagen sowie 86 (111) Verfahren betreffend Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht konnten durch Präsidialverfügung oder Einzelrichterentscheid erledigt werden. Ausserdem wurden 41 (37) Begehren um unentgeltliche Prozessführung, Fristenwiederherstellung und aufschiebende Wirkung behandelt.

Insgesamt konnten 764 (677) Fälle erledigt werden. Damit erhöhte sich die Zahl der pendenten Fälle per Ende 2006 gegenüber Ende 2005 um 13 auf 189 (176). Von den 189 Pendenzen wurden 186 im Jahr 2006 und 3 im Jahr 2005 eingeschrieben. 22 (28) Streitsachen sind sistiert. Über die Geschäftslast gibt die nachfolgende Tabelle Auskunft.

Verwaltungsrekurskommission – Übersicht über die im Jahre 2006 behandelten Rekurse, Beschwerden, Klagen und Gesuche

	Am 1. Jan. 2006 übernommen	Neu- eingänge 2006	Total	Erledigung durch		am 31. Dez. 2006 noch anhängig	Weiter- züge
				Gericht	Präsident		
<i>Abteilung I</i>							
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer	109	274	383	114	151	118	30
2. Kammer	13	47	60	16	28	16	1
<i>Abteilung II</i>							
(Schätzungen, Landwirtschaft und Jagd)							
1. Kammer	7	10	17	7	7	3	2
2. Kammer	3	7	10	1	7	2	–
3. Kammer	4	11	15	2	4	9	1
<i>Abteilung III</i>							
(Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Fürsorge)							
	2	6	8	1	6	1	1
<i>Abteilung IV</i>							
(Verkehr)							
	26	193	219	56	132	31	13
<i>Abteilung V</i>							
(fürsorgereiche Freiheitsentziehung und vormundschaftliche Massnahmen) . .							
	11	141	152	53	93	6	10
<i>Abteilung VI</i>							
(Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)							
	1	88	89	–	86	3	1
	176	777	953	250	514	189	58

c) Art der Erledigung und Dauer der Verfahren

Über die Art der Geschäftserledigung gibt die nachfolgende Statistik Aufschluss:

	Ins- gesamt	Abschrei- bung	Nicht- eintreten	Ab- weisung	Guttheissung ganz	teilweise	Rück- weisung
<i>Abteilung I</i> (Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer	265	152	4	57	24	25	3
2. Kammer	44	27	1	8	4	1	3
<i>Abteilung II</i> (Schätzungen, Landwirt- schaft und Jagd)							
1. Kammer	14	7	1	4	1	0	1
2. Kammer	8	7	0	0	0	1	0
3. Kammer	6	4	0	0	1	1	0
<i>Abteilung III</i> (Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Fürsorge)							
	7	6	0	0	1	0	0
<i>Abteilung IV</i> (Verkehr)							
	188	110	5	48	8	13	4
<i>Abteilung V</i> (fürsorgliche Freiheitsent- ziehung und vormundschaft- liche Massnahmen)							
	146	90	3	40	7	1	5
<i>Abteilung VI</i> (Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)							
	86	9	0	67	2	8	0
Total	764	412	14	224	48	50	16

Die Verfahrensdauer der erledigten Streitsachen vom Eingang bis zur Zustellung des Entscheides, abzüglich der Dauer von Sistierungen, ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung:

Verfahren insgesamt	Dauer des Verfahrens in Monaten					
	bis 1	1 bis 3	3 bis 6	6 bis 9	9 bis 12	über 12
764	344	154	99	105	57	5

58 Entscheide der Verwaltungsrekurskommission wurden im Jahr 2006 bei den Rechtsmittelinstanzen (Verwaltungsgericht und Bundesgericht) angefochten. Im Berichtsjahr hat das Verwaltungsgericht 42 Beschwerden entschieden. 32 Beschwerden wurden abgewiesen bzw. durch Nichteintreten oder Abschreibung erledigt, während 6 Beschwerden ganz und 4 Beschwerden teilweise gutgeheissen wurden. Im gleichen Zeitraum hat das Bundesgericht 13 Verwaltungsgerichtsbeschwerden und Berufungen beurteilt. Davon wurden zwölf abgewiesen bzw. abgeschrieben, und nur eine Beschwerde wurde teilweise gutgeheissen.

St.Gallen, 6. Februar 2007

Im Namen des Verwaltungsgerichtes
Der Präsident:
Prof. Dr. Ulrich Cavelti